

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

Jahr der kleinen Inselentwicklungsländer

Welt: Die Vereinten Nationen (United Nations, UN) haben das Jahr 2014 zum „Internationalen Jahr der kleinen Inselentwicklungsländer“ erklärt. In dem Beschluss der Generalversammlung vom 21. Dezember 2012 werden alle Mitgliedsstaaten, das System der Vereinten Nationen und sonstige Akteure ermutigt, Maßnahmen zu fördern, „mit dem Ziel, die nachhaltige Entwicklung der kleinen Inselentwicklungsländer zu verwirklichen“.

Die kleinen Inselentwicklungsländer werden beim Übergang zu grüner Wirtschaft, erneuerbarer Energie und Anpassung an die Folgen des Klimawandels von einer Reihe von UN-Programmen und UN-Organisationen unterstützt. Zum Engagement des UN-Umweltprogramms UNEP (United Nations Environment Programme) gehört zum Beispiel die Beratung der Regierungen bei der Formulierung und Umsetzung ihrer Umweltpolitik und beim Übergang zu einer grünen Wirtschaft.

Info: Die „Dritte Internationale Konferenz der kleinen Inselentwicklungsländer“ wird vom 1. bis 4. September 2014 in Apia (Samoa) stattfinden. Sie steht unter dem Motto „Island Voices - Global Choices“. Dort wird es u.a. um eine Auswertung des bisherigen gemeinsamen Engagements für eine nachhaltige Entwicklung gehen sowie um eine gemeinsame Mitwirkung an der Formulierung und Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele ab dem Jahr 2015 im Rahmen der Vereinten Nationen. Die Konferenz soll ebenfalls das „Internationale Jahr der kleinen Inselentwicklungsländer“ stärker in das Bewusstsein der Weltöffentlichkeit bringen.

(<http://www.sids2014.org/>,
<http://klimawandel-bekaempfen.dgvn.de/meldung/kleine-inseln-grosse-probleme-aber-viele-nachhaltige-projekte/>)

Mangel an Psychiatern

Pazifik: In Ozeanien gibt es nicht genug Psychiater und keine psychiatrische Klinik- das ist eines der Ergebnisse des zehnten Gipfeltreffens der pazifischen Gesundheitsminister im letzten Jahr in Apia (Samoa). Der samoanische Gesundheitsminister Dr. Talalelei Tuitama bemängelte, dass es nicht gelungen sei, die Pläne des Gipfeltreffens aus dem Jahr 2011 auch in die Tat umzusetzen. Bei dem letzten Treffen hatten sich die Minister auf die Einrichtung einer gesamt-pazifischen Psychiatrie geeinigt, bis dato gibt es jedoch in den meisten pazifischen Staaten noch nicht einmal eigene Krankenhaus-Abteilungen für psychisch erkrankte Menschen. Derzeit seien auch nur 15 bis 20 approbierte Psychiater für die elf Millionen Bewohner der Region zuständig. Leider sei der Beruf des Psychiaters in den Kulturen Ozeaniens nicht anerkannt. Die wenigen ausgebildeten Ärzte praktizieren nur in den großen Staaten Fidschi, Papua-Neuguinea und in den amerikanischen und französischen (Übersee-) Gebieten, nicht jedoch in insulären Kleinstaaten. Es bestünde hier dringender Handlungsbedarf, denn laut einer Studie der Weltgesundheitsorganisation WHO blieben rund 90 % aller psychisch erkrankten Personen im Pazifik unbehandelt, bemängelte Tuitama.

Es sei Angelegenheit des 2007 gegründeten pazifikweiten *Pacific Islands Mental Health Network*, sich des Mangels an Psychiatern und psychiatrischen Einrichtungen anzunehmen, forderte der samoanische Gesundheitsminister. (Talamua 04.07.13, http://www.wpro.who.int/southpacific/pic_meeting/2013/documents/PHMM_PIC10_6_Mental_Health.pdf?ua=1)

ADB investiert in Verkehr

Pazifik: Die Asiatische Entwicklungshilfebank ADB wird von 2014 bis 2016 484 Millionen US-Dollar in den Aufbau des Trans-

port- und Verkehrswesens im Pazifik investieren. Derzeit finanziert die ADB bereits Infrastrukturmaßnahmen in der Region im Wert von 1,8 Milliarden US-Dollar. Die langen Transportwege im Pazifik hätten eine Aufstockung dieser Summe nötig gemacht, sagte ein ADB-Sprecher im neuseeländischen Radio. (Radio NZ. Intern. 17.02.14)

Förderung erneuerbarer Energien

Polynesien: Das Sekretariat des pazifischen Umweltschutzprogramms (Secretariat of the Pacific Regional Environment Programme, SPREP) stellt den Ländern Samoa, Cook-Inseln und Kiribati für dieses Jahr rund eine Million US-Dollar zum Ausbau von Projekten im Bereich der erneuerbaren Energien zur Verfügung. Mit einer halben Million soll ein Solarstromprojekt auf dem isoliert gelegenen Atoll Palmerston (Cook-Inseln) finanziert werden. 250.000 US-Dollar fließen in eine Anlage zur Produktion von Biodiesel auf der Insel Abemama (Kiribati) und mit 30.000,- \$ wird eine Biogasanlage in Samoa unterstützt.

Die Gelder wurden frei im Rahmen des Projektes „Pacific Islands Greenhouse Gas Abatement through Renewable Energy“ (PIGGAREP). Dabei geht es darum, die Abhängigkeit der Pazifikstaaten von fossilen Treibstoffen zu verringern und Anpassungsmaßnahmen an die schon bestehenden Folgen des Klimawandels durchzuführen.. (Radio NZ Intern. 18.02.14, <http://www.sprep.org/Pacific-Islands-Greenhouse-Gas-Abatement-through-Renewable-Energy-Project/about-piggarep>)

Behinderten Kinder eine Stimme geben

PNG/Vanuatu: Behinderten Kindern eine Stimme geben will das Projekt „Voices of Pacific Children with Disability“. Projektleiter Dr. Kevin Murfitt von der Deakin University im australischen Melbour-

ne sagte, in den nächsten Monaten würden speziell ausgebildete, zum Teil ebenfalls behinderte, Mitarbeitende der Projektverantwortlichen, Deakin University und die Kinderschutzorganisation *Save the Children*, in den Hauptstädten von Vanuatu und Papua-Neuguinea mit behinderten Kindern sprechen. In den Interviews sollen den Kindern drei Fragen gestellt werden: 1) Was ist wichtig in Deinem Leben und warum? 2) Was sind Deine Wünsche und Hoffnungen und warum? Und 3) Was könnte in Deinem Leben besser werden und warum?

Aus den so gewonnenen Daten wollen die Projektverantwortlichen einen Bericht mit Handlungsanweisungen an die Regierungen der beiden Länder erstellen, wie das Leben behinderter Kinder verbessert werden kann. Das Neue an dem Projekt, so Dr. Murfitt, sei der direkte Kontakt mit den Kindern in den elterlichen Haushalten und auf der Straße.

Vanuatu und Papua-Neuguinea wurden als Projektstandorte gewählt, weil es in beiden Ländern gut organisierte und mitgliederstarke Behindertenorganisationen gibt. Die „PNG Association of Disabled Persons“ und die „Disabled People's Organisation“ in Vanuatu sollen unmittelbar von den Studienergebnissen profitieren und sich so noch besser für das Wohl behinderter Kinder einsetzen können, erklärte Dr. Murfitt. (*ABC Radio Australia* 24.12.13, <http://www.dailypost.vu/content/voices-pacific-children-disabilities>)

Journalistenpreis für Foltervideo

Neuseeland: Der 28-jährige norwegische Radiojournalist Daniel Drageset hat mit seinem multimedialen Beitrag über die Folterung eines fidschianischen Straftäters einen renommierten australischen Preis für „Trauma-Journalismus“ gewonnen.

In seiner Reportage arbeitet Drageset audiovisuell und schriftlich

die Geschichte des 27-jährigen Fidschianers Iowane Benedito auf, der wegen Einbruch und Sachbeschädigung zu zwölf Monaten Haft im Korovou Gefängnis verurteilt worden war. Ein gescheiterter Ausbruchversuch bescherte ihm eine Verlängerung der Haftstrafe um drei Monate. Bei seiner Verhaftung hatte Benedito heftigen Widerstand geleistet. Daraufhin hatten die Polizisten der *Fiji Police* zu Gewalt gegriffen und Benedito schwer verletzt. Ein mit einer Handykamera von einem der Polizisten aufgenommenes neunminütiges Video zeigt, wie zwei am Boden liegende und mit Handschellen gefesselte Männer von den Polizisten mit Stahlkappenschuhen getreten und mit Knüppeln geschlagen werden. Die internationale Menschenrechtsorganisation *Amnesty International* sprach in diesem Fall von „klarer Folter“.

Drageset hatte für die Nachrichtenagentur *Pacific Media Watch* über den Fall berichtet und sich entschlossen, mit dem vorhandenen Video-Material eine dreiteilige Dokumentation vorzubereiten und diese bei der Jury des australischen „Dart Asia-Pacific Centre for Journalism“ (Melbourne) einzureichen. Für seine Dokumentation befragte Drageset Angehörige des Straftäters und Polizisten. Ziel seiner ausgezeichneten Serie war es nach eigenen Worten, dem Opfer von Gewalt und Ungerechtigkeit eine Stimme zu geben. Für die umfangreiche Recherche, die sachlich-seriöse Berichterstattung und die Wahrung der journalistischen Ethik wurde Drageset nun von der renommierten australischen Journalistenschule mit dem „Dart Asia-Pacific Centre for Journalism and Trauma Prize“ geehrt.

Der Preisträger hat nach einer steilen Karriere im norwegischen Radio ein Studium zum „Master in Communication Studies“ (Kommunikationswissenschaft) an der *Auckland University of Technology* (AUT, Neuseeland) begonnen. Im April letzten Jahres hatte er ein Stipendium im Wert von 5.000

NZ-Dollar des pazifischen Nachrichtenportals *Pacific Scoop* gewonnen. Das Stipendium beinhaltet ein Aufbaustudium bei *Pacific Media Watch*, der an der AUT angesiedelten pazifischen Nachrichtenagentur. (*TVNZ* 05.03.13, *Fiji Times* 23.07.13, 23.12.13, <http://www.pmc.aut.ac.nz/profile/daniel-drageset>, *Pacific Scoop* 17.12.13)

Schriften von Crocombe

Cook-Inseln: Mitte Februar wurde in Rarotonga ein 651 Seiten starkes Buch mit Schriften von Ron Crocombe vorgestellt. Sohn Kevin und Ehefrau Marjorie haben für die Erstellung des Kompendiums mit dem Titel „Ron Crocombe- E Toa“ mehr als vier Jahre benötigt. Namhafte Autoren haben zu den 40 Kapiteln beigetragen, darunter der samoanische Schriftsteller Albert Wendt und der Pazifikexperte Brij Lal.

Ron Crocombe, im Volksmund und seiner zweiten Heimat Rarotonga eher bekannt als „Papa Ron“, war am 19. Juni 2009 einem Herzinfarkt erlegen. Der am 8. Oktober 1929 in Auckland geborene spätere Professor für pazifische Geschichte und Literaturwissenschaft leitete von 1969 bis 1989 das *Institute for Pacific Studies* an der *University of the Pacific*. Hier war er u.a. als Herausgeber von mehr als 400 Büchern zur pazifischen Geschichte tätig. Crocombes Schriften aus den 1970er Jahren zu Land und Landbesitz im Pazifik gehören noch heute zum Standardwerk für Studierende des Studiengangs *Pacific Islands Studies*.

Mit seiner Ehefrau Marjorie Tuainekore verband den Gelehrten nicht nur eine fast 50-jährige Ehe, sondern auch eine berufliche Partnerschaft. Dr. Marjorie Crocombe lehrte ebenfalls an der Uni in Auckland und gab viele Bücher in Gemeinschaft mit ihrem Mann heraus. Nach Crocombes Pensionierung 1989 war das Paar nach Rarotonga übergesiedelt.

(<http://www.usp.ac.fj/news/story.php?id=1469>, *Cook Islands News* 14.02.14)

Internetrecherche zu Museumsobjekten

London: Das British Museum in London (Großbritannien) hat damit begonnen, seine Bestände aus Ozeanien digital zu erfassen und sie in einer Internet-Datenbank der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Die Kuratorin der Abteilung für Ozeanien, Lissant Bolton, sagte, allein für Vanuatu verfüge das Museum über die weltweit größte Sammlung an Textilien. Man habe diese nicht nur fotografiert und inventarisiert, sondern auch die Provenienz und die ursprüngliche Bedeutung der Textilien erfasst. Das Museum mache auch diese Rechercheergebnisse online verfügbar, so Bolton. Ben Burt, ein Kollege von Bolton, ergänzte, dass die meisten Objekte im Museum noch nie von Menschen der Herkunftskultur betrachtet worden seien. Viele Objekte lagerten seit Jahrzehnten in den Magazinbeständen und seien nicht mehr auf den Inseln erhältlich oder in Gebrauch. Mit dem digitalen Zugang öffneten sich nun für viele Pazifikinsulaner ganz neue Welten. Sie könnten sich intensiver mit ihrer Kulturgeschichte und ihrer Herkunft beschäftigen. Zur online-Datenbank des Museums geht es hier:

<http://www.britishmuseum.org/research>

Info: Das *Britische Museum* in London ist eines der größten und bedeutendsten kulturgeschichtlichen Museen der Welt. Es beherbergt etwa acht Millionen Objekte, die die gesamte Kulturgeschichte der Menschheit von ihrem Anfang bis zum heutigen Tag dokumentieren. Der größte Teil der Sammlung wird in Magazinen unter dem Museum aufbewahrt. Eines der berühmtesten Ausstellungsstücke aus dem Pazifik ist der Moai *Hoa-haka-nana-ia*, eine bedeutende Statue der Kultstätte Orongo auf der Osterinsel. (*Radio Australia* 20.01.14, *Wikipedia*)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Zwei Verfassungszusätze

Das neuguineische Parlament hat Ende letzten Jahres zwei Verfassungszusätze mit 81:2 Gegenstimmen verabschiedet. Demnach darf es zukünftig in den ersten drei Amtsjahren eines Premierministers keinen Misstrauensantrag mehr gegen ihn geben. Außerdem müssen mindestens 56 der 111 Parlamentarier ein Misstrauensvotum befürworten, bevor es in Kraft treten kann. Zwischen dem Antrag auf ein Misstrauensvotum und dem eigentlichen Votum müssen nun auch 30 Tage statt wie bisher 7 Tage liegen.

Der zweite Verfassungszusatz bezieht sich auf die Mindestzahl der Sitzungstage im Parlament. Diese wurden von bisher 63 Tagen pro Kalenderjahr auf 40 Tage reduziert. (*Post-Courier* 20.09.13, *The Australian* 20.09.13)

Nautilus beendet Zusammenarbeit

Der kanadische Bergbaukonzern *Nautilus Minerals Limited* hat Mitte Februar seine Zusammenarbeit mit der Regierung von Papua-Neuguinea beendet. Der Konzern hatte am 2. Oktober vergangenen Jahres ein Abkommen mit der Regierung geschlossen, in dem sich PNG verpflichtet hatte, 30 % der Anteile an dem Tiefseebergbauprojekt *Solwara 1* zu kaufen. Nun gab die Konzernspitze bekannt, dass sich die Regierung nicht an das Abkommen gehalten habe. Man werde daher die Zusammenarbeit aufkündigen und denke auch über Schadensersatzforderungen nach.

Info: Der kanadische Konzern *Nautilus Minerals* mit Firmensitz in Vancouver beschäftigt sich mit

der Erforschung des Meeresbodens für den Abbau von Meeresboden-Massivsulfiden, das sind Verbindungen aus Schwefelwasserstoff und Metallen, die Kupfer, Zink und Spuren von Gold und Silber enthalten. Nautilus hatte als erster ausländischer Konzern eine Lizenz zum Tiefseebergbau in der Bismarcksee zwischen Festland-PNG und der Insel Neubritannien erhalten. Inzwischen verfügt der Konzern über zehn weitere potentielle Lagerstätten von Massivsulfiden in der Bismarcksee, die Abbaugebiete *Solwara 2 bis 10*.

(<http://www.nautilusminerals.com/s/Media-NewsReleases.asp?ReportID=622923>, *Radio NZ Intern.* 17.02.14)

Kostenlose Gesundheitsfürsorge

Zum 24. Februar hat die Regierung eine kostenlose Gesundheitsfürsorge im ganzen Land bekanntgegeben. Gesundheitsminister Pascoe Kase erklärte, dass ab sofort Basisgesundheitsdienstleistungen in allen staatlichen Krankenhäusern, die staatliche Zuschüsse kassieren, kostenlos erhältlich seien. Abgedeckt von der kostenlosen Gesundheitsversorgung sind Impfungen, Medikamente, Vorsorgeuntersuchungen, Behandlungen von Krankheiten wie Aids, Diabetes und Tuberkulose, psychische Erkrankungen, Augenglaskorrekturen, Geburten, Ultraschall und Röntgen sowie Maßnahmen der Familienplanung. Behandlungen von Spezialisten sowie umfangreiche chirurgische Eingriffe müssen zur Hälfte vom Patienten getragen werden, die andere Hälfte bezahlt der Staat.

Nach Angaben von Pascoe Kase hat die Regierung für die Bereitstellung der kostenlosen Gesundheitsfürsorge 20 Millionen Kina freigemacht. Das Programm fungiert unter dem Namen „Free Primary Health Care and Subsidised Specialist Services“. Staatliche Krankenhäuser verlangen zwar weiterhin Gebühren für die ärztliche Behandlung, diese sind

aber nun wohl wesentlich niedriger als vor der Gesundheitsreform.

(<http://www.health.gov.pg/pages/news2.htm>,
The National 24.02.14, *ABC* 25.02.14)

Ergebnisse des Zensus

Die Ergebnisse der letzten Volkszählung aus dem Jahr 2011 wurden Anfang Januar vorgestellt. Demnach hat Papua-Neuguinea derzeit 7,3 Millionen Einwohner und ist damit nach Australien (22 Mio. Einwohner) der zweitgrößte Staat in Ozeanien. Hajily Kele, der die Volkszählung vorbereitet und nun die Ergebnisse ausgewertet hat, wies vor allem auf das rasante Bevölkerungswachstum in den Städten hin. Hier steigt die Bevölkerung um 3,1 % jährlich (Deutschland: 0,1 %, ab 2015 wird bei uns ein weiterer Rückgang des Bevölkerungswachstums erwartet). Kele riet der Regierung zur Begrenzung des Bevölkerungswachstums und schlug dazu vor, kostenlose Verhütungsmittel zu verteilen und Workshops durchzuführen, um vor allem Frauen über die Möglichkeiten zur Verhinderung einer Schwangerschaft aufzuklären.

Die Daten der zurückliegenden Volkszählungen geben Aufschluss über die Bevölkerungsentwicklung: Im Jahr 1980 wurden 2,9 Millionen Menschen in PNG gezählt, im Jahr 1990 waren es 3,5 Millionen und im Jahr 2000 kam man auf fünf Millionen Einwohner. Ende 2011 wurde die Sieben-Millionen-Marke „geknackt“. Heute leben in PNG 3.863.100 Männer und 3.535.300 Frauen. Knapp drei Millionen Menschen sind unter 14 Jahre alt. Knapp 2,7 Millionen Menschen sind zwischen 25 und 49 Jahre alt und nur knapp 300.000 Personen sind älter als 60 Jahre. (*Flash d'Océanie* 24.01.14, <http://www.spc.int/sddl/>)

Ausbruchserie in 2013

Das Jahr 2013 wird als "schwarzes Jahr" in die Annalen der

Strafvollzugsbehörde eingehen. Das sagte Martin Balthasar, der Leiter des neuguineischen Strafvollzugs, bei der Präsentation seines Jahresberichtes Anfang Januar im Parlament. Im vergangenen Jahr sind 200 Strafgefangene aus den staatlichen Gefängnissen in Beon (Madang), Buimo (Morobe), Bomana (NCD), Bihute (Östliches Hochland) und Buiebi (Südliches Hochland) entkommen. 100 entflohenen Straftäter konnten gefasst werden, 100 sind noch auf der Flucht. Es handelte sich durchweg um eine Massenflucht von Gefangenen. Die Suche nach geflohenen Straftätern kostete den Staat jährlich Millionen, beklagte Balthasar. Allein die Suche nach drei aus dem Hochsicherheitstrakt von Bomana geflohenen Mördern haben den Staat 1,3 Millionen Kina gekostet. Balthasar kündigte für dieses Jahr drakonische Strafen für Gefängniswärter an. So sollen Gehälter gekürzt und Verantwortliche gekündigt werden.

Zwischen 1995 und 2013 sind vermutlich 20.000 Straftäter aus neuguineischen Gefängnissen geflohen. In den vergangenen zwei Jahren investierte der Staat elf Millionen Kina, um Gefängnisse ausbruchssicherer zu machen. (*The National* 06.01.14, <http://www.lawandjustice.gov.pg>)

Doppelte Staatsangehörigkeit?

In zweiter Lesung angenommen hat das Parlament mit 90 zu 0 Gegenstimmen die Gesetzesvorlage von Justizminister Kerenga Kua über die Einführung der doppelten Staatsangehörigkeit. Kua hatte den Vorschlag Mitte Februar ins Parlament eingebracht, nachdem in der ersten Lesung im November 2013 bereits 84 Parlamentarier für das Gesetz gestimmt hatten.

Bis dato gilt in Papua-Neuguinea nur die einfache Staatsbürgerschaft. In PNG lebende Ausländer, die nach zehn Jahren im Land die neuguineische Staats-

bürgerschaft beantragen wollen, müssen ihre alte Staatsangehörigkeit abgeben.

Der Zusatzartikel zur Verfassung könnte neuguineischen Bürgern die Möglichkeit geben, eine weitere Staatsangehörigkeit zusätzlich zur eigenen anzunehmen. Das böte Vorteile für Kinder aus binationalen Ehen und Partnerschaften. Kinder aus diesen Ehen müssen sich spätestens mit 19 Jahren für eine Staatsangehörigkeit entscheiden. Bisher dürfen auch langfristig im Ausland lebende und dort berufstätige Neuguineer die Staatsbürgerschaft des Gastlandes nicht annehmen, ohne ihre eigene Staatsangehörigkeit zu verlieren.

Als Positivbeispiele für die doppelte Staatsbürgerschaft benannte Kua die Pazifikstaaten Fidschi und Vanuatu. In Fidschi gibt es bereits seit 2009 die Möglichkeit zur doppelten Staatsbürgerschaft, in Vanuatu seit Ende letzten Jahres. Hier gibt es sogar eine Art dritten Weg, eine „Wirtschafts-Staatsbürgerschaft“. Sie ermöglicht ausländischen Investoren eine Teil-Staatsbürgerschaft, mit der jedoch keine staatlichen Rechte (wie etwa das Wahlrecht) oder Pflichten einhergehen. (*Flash d'Océanie* 20.02.14, <http://www.islandsbusiness.com/news/papua-a-new-guinea/3791/png-dual-citizenship-bill-gets-parliament-support/>)

Neuer Befehlshaber

Der neuguineische Premierminister Peter O'Neill hat Anfang des Jahres Gilbert Toropo zum neuen obersten Befehlshaber des Militärs (Papua New Guinea Defence Forces) bestellt. Der 51-jährige Oberst wird Nachfolger von Brigadegeneral Francis Agwi, der im Dezember pensioniert wurde und zum neuguineischen Botschafter in Neuseeland bestellt wurde.

Oberst Toropo stammt aus dem südlichen Hochland und verfügt über langjährige Erfahrungen im Militärdienst. Er machte seine Offiziersausbildung in Australien und absolvierte diverse Kurse in

Hawai'i und den Vereinigten Staaten. Zuletzt war er als Oberkommandierender der „Joint Forces“ zuständig für die nationale innere Sicherheit bei den neuguineischen Parlamentswahlen.

Toropo gilt bei Militärsachverständigen als engagierter und bedächtiger Stratege mit guten Beziehungen zu den neuguineischen Eliten. (*Flash d'Océanie* 09.01.14, <http://www.aspistrategist.org.au/png-appoints-a-new-military-chief/>)

Klimawandel-Fonds

Die Regierung plant die Einrichtung eines Fonds zur Verminderung der Folgen des globalen Klimawandels auf den zu PNG gehörenden niedrig gelegenen Inseln. Der Minister für Forstwirtschaft und Klimawandel, Patrick Pruatch, sagte, das Geld für den Fonds solle aus dem Ministerium für Bevölkerungswachstum und Stadtentwicklung entnommen werden. Die Asiatische Entwicklungshilfebank ADB werde sich ebenfalls mit fünf Millionen US-Dollar an dem Fondsvermögen beteiligen. Die Folgen des Klimawandels betreffen auch Papua-Neuguinea und seine rund 7,3 Millionen Einwohner, erklärte Minister Pruatch, der vor allem Ernteaufträge und geringere Ernteträge durch Klimaveränderungen fürchtet. Mit den Geldern sollen auf den niedrig gelegenen Inseln geeignete Küstenschutzmaßnahmen finanziert werden. Durch Wiederaufforstungsprojekte sollen außerdem die landwirtschaftlichen Anbaugelände im Hochland besser vor Überflutungen und Bodenerosionen geschützt werden. Verwaltet werden sollen die Fondsgelder vom staatlichen Büro für Klimawandel (Office of Climate Change) bei der Regierung in Port Moresby.

(*The National* 24.02.14, <http://www.adb.org/news/papua-new-guinea/climate-change-hit-papua-new-guinea-economy-hardest-pacific-adb-lands-Business> 25.02.14)

Kompensationszahlungen

96.731 Kina (ca. 33.000 Euro) haben die Bewohner von Garawaria im Waria Valley im Distrikt Bulolo (Moroboe Provinz) für die durch Minenarbeiten verursachten Umweltschäden von der Minenbetreibergesellschaft *Morobe Mining Joint Ventures* (MMJV) erhalten. Der MMJV-Beauftragte für dörfliche Angelegenheiten, Anthony Naguwean, überbrachte das Geld persönlich und übergab es an Allan Sako und Manfred Sako, die Vertreter der Garawaria Landeignervereinigung. Garawaria liegt am Fluss Ono und ist unmittelbar von Abräumen aus der Gold- und Kupfermine im Hidden Valley betroffen. In der Nachbarschaft von Hidden Valley haben die Arbeiten zu einer neuen Kupfermine am Fluss Wafi begonnen, hier entsteht die „Wafi-Golpu-Mine“. Die Bewohner des Waria-Tals sind von Erkundungsbohrungen, dem Bau einer Bergarbeitersiedlung und der Zerstörung von Gärten für den Bau von Minen-Infrastruktur betroffen.

Sako bedankte sich für die erste Tranche der vereinbarten Kompensationszahlungen bei MMJV und sagte, er erhoffe sich durch den Bau Zugang zu Basis-Dienstleistungen, da Garawaria isoliert tief im Tal liegt und bisher nur zu Fuß oder per Helikopter erreichbar war. (*RamuNickel Blog* 27.01.14, <http://www.morobejv.com/>)

Online-Nachrichtendienst gegründet

Die bekannte neuguineische Journalistin und Redakteurin Titi Gabi hat Mitte Februar ihre Nachrichtenplattform „PNG Edge“ online gestellt. Zu den mehrmals täglich aktualisierten Nachrichten aus PNG und der Welt trägt ein Netz von 30 Korrespondenten im ganzen Land bei. Das Büro der Internet-Plattform ist in Port Moresby. Die neue Seite arbeitet multimedial mit kurzen Videofilmen, Fotos und Links. Optimiert ist die Website für Nutzer mobiler

Endgeräte wie Smartphones und Tablett-PCs, da immer mehr Menschen in PNG im Besitz dieser modernen Kommunikationsmittel sind. Hier geht es zur neuen Website:

<http://www.pngedge.com/>
(*Post-Courier* 18.02.14)

BOUGAINVILLE

Premier befürwortet Unabhängigkeit

Der neuguineische Premierminister Peter O'Neill befürwortet die zukünftige Unabhängigkeit der autonomen Provinz Bougainville. Das sagte O'Neill bei einer Pressekonferenz mit Vertretern der autonomen Provinzregierung (Autonomous Bougainville Government, ABG) unter Leitung von ABG-Präsident John Momis. O'Neill erklärte, die früheren Regierungen in Papua-Neuguinea hätten sich wenig bis gar nicht um den Prozess der Unabhängigkeit der Inseln nordöstlich der Insel Neuguinea gekümmert. Jedoch stünde seine Partei, die *People's National Congress*, in einer langen Tradition der Befürwortung von Autonomie für Bougainville und seine Inseln. Der Parteigründer und Ex-Premierminister Sir William Skate habe Bougainville sogar in den Zeiten der Krise besucht und schon damals die Kombattanten zur Abgabe der Waffen aufgerufen.

O'Neill will nach eigenen Angaben die im *Bougainville Peace Agreement* verankerten Verabredungen über die zukünftige Unabhängigkeit von Bougainville einhalten. Er sähe sich und sein Kabinett auf einem guten Weg bei der Umsetzung der Vorgaben aus der Friedensvereinbarung, erklärte er im Verlauf der Pressekonferenz in der Hauptstadt Port Moresby Ende Januar weiter.

Wenige Tage nach der Pressekonferenz reiste O'Neill nach Bougainville, um sich persönlich ein Bild von der Lage zu machen. Es war der erste Besuch eines

Premierministers nach dem Friedensabkommen vom 30. August 2001 in Bougainville.

In der Minenstadt Panguna am Rande der aufgelassenen Gold- und Kupfermine nahm O'Neill an einer traditionellen Versöhnungszeremonie mit Angehörigen von während der Krise getöteten Mitgliedern der *Bougainville Revolutionary Army* teil. Als Entschuldigungsgeschenk überreichte O'Neill Schweine u.a. an die Angehörigen des ehemaligen Rebellenführer Francis Ona († 2005). Als eine Form der Wiedergutmachung versprach er, den Wiederaufbau der örtlichen Grundschule *Panguna Primary School*, mit 500.000 Kina zu unterstützen. Der Premier sagte, die Nationalregierung hege kein Interesse an der Panguna-Mine und man werde sich auch nicht in die Entscheidungen des ABG um eine eventuelle Wiedereröffnung der Mine einmischen.

Bereits am ersten Tag von O'Neills dreitägigem Besuch auf Bougainville war es im „Bel Isi Park“ auf der Insel Buka zu einer Versöhnung zwischen O'Neill als Vertreter der Nationalregierung von Papua-Neuguinea und von Momis als Präsident der autonomen Provinz gekommen. Im Beisein einer großen Zuschauermenge hatten die beiden Politiker Geschenke ausgetauscht. Als sichtbares Zeichen des Friedens übergaben O'Neill sowie die Provinzgouverneure von Neubritannien und Neuirland Muschelgeld, Schweine sowie Bargeld an Momis und Kabinettsmitglieder des ABG. Zum Abschluss der Zeremonie zerbrachen Momis und O'Neill Pfeile und Bogen als Symbol für den endgültigen Frieden zwischen PNG und Bougainville. (*The National* 23.01.14, *Post-Courier* 28.01.14, *RamuNickel Blog* 29.01.14)

Workshop zu Vermissten

Rund 20 Personen haben Mitte Februar an einem eintägigen Workshop des Internationalen Roten Kreuzes teilgenommen. In Arawa trafen sich die Vertreter

des neuguineischen Roten Kreuzes, von Nichtregierungsorganisationen, Frauengruppen, Kirchen und die Mitarbeiter des *Panguna Peace Building Strategy Committees*, um über den Umgang mit vermissten Personen zu diskutieren. Seit Ausbruch der Bougainville-Krise im Jahr 1989 bis zum Friedensabkommen im Jahr 2001 verschwanden zahlreiche Personen spurlos, die Angehörigen warten bis heute auf Nachricht über den Verbleib ihrer Vermissten.

Die Organisatoren des Workshops erklärten, gemäß internationaler humanitärer Gesetzgebung hätten Menschen ein Recht zu erfahren, was mit ihren Angehörigen passiert sei. Die Regierung, das Militär und bewaffnete Guerilla-Kämpfer hätten die Pflicht, Informationen über den Verbleib der Vermissten an die Familien weiterzugeben.

Das Internationale Rote Kreuz engagiert sich bereits seit 2012 in Bougainville bei der Suche nach Vermissten. Erst wenn Gewissheit über das Schicksal eines Angehörigen herrsche, könnte Versöhnung einsetzen. Familien könnten dann innerlich damit abschließen und im Falle einer Todesnachricht um den Verstorbenen trauern, erklärte Brendan Michael Kernich, der Vertreter des Roten Kreuzes im Regionalbüro in Arawa. Zur eigentlichen Versöhnung zwischen den verfeindeten Parteien könne das Rote Kreuz nicht beitragen, schränkte Kernich ein. Dies sei eine persönliche Angelegenheit zwischen Familien und Klanen. Aber mit Hilfe solcher Workshops, Beratungs- und Hilfsangebote könne das Rote Kreuz zumindest den Versöhnungsprozess begleiten, so Kernich weiter.

(<http://www.icrc.org/eng/resources/documents/news-release/2014/02-12-papua-new-guinea-missing.htm>,
<http://www.emtv.com.pg/news-app/item/families-of-missing-people-left-in-anguish-and-uncertainty>)

SALOMONEN

Handelshilfe-Abkommen unterzeichnet

Mitte Dezember vergangenen Jahres haben die Salomonen als achter Pazifikstaat neben Fidschi, Kiribati, Nauru, Samoa, Tonga, Tuvalu und Vanuatu das Abkommen zur Errichtung eines Handelshilfeabkommens zwischen den Pazifikstaaten unterzeichnet, das so genannte *Pacific Regional Trade and Development Facility*. Der salomonische Außenminister Clay Forau Soalaoi erklärte bei der Unterzeichnung die Bedeutung von Handelshilfen („Aid for Trade“) für den melanesischen Inselstaat. Der Generalsekretär des *Pacific Islands Forum Secretariats*, Tuiloma Neroni Slade, begrüßte die Salomonen im Kreis der Partnerländer für das Abkommen.

Info: „Aid for Trade“ ist ein Entwicklungshilfepaket, mit dem die pazifischen Inselstaaten beim Ausbau ihrer Handelskapazität unterstützt werden sollen mit dem Ziel, das Wirtschaftswachstum zu fördern. Den Entwicklungsländern zu helfen, die Vorteile der offenen globalen Märkte für sich zu nutzen, ist neben Entschuldung und allgemeiner Entwicklungshilfe eines der wesentlichen Elemente einer langfristigen Strategie zur weltweiten Armutsbekämpfung.

Die Handelshilfe „Aid for Trade“ ist eine breit angelegte Initiative. Sie umfasst nicht nur Unterstützung für die Entwicklung der Handelspolitik und die Förderung der direkten Handelsentwicklung, sondern bezieht auch die Elemente der weiter gefassten Wachstumsagenda, wie etwa handelsbezogene Infrastruktur und allgemeinere Unterstützung der Produktionszweige, ein. Dazu können Straßenbau und die Einrichtung von Telekommunikationsnetzen oder der Ausbau von Hafen- und Zolleinrichtungen ebenso gehören wie Hilfestellung für die Länder bei der Entwicklung von Handelsstrategien, Bei-

träge für die öffentlichen Haushalte zur Umsetzung von Handelsreformen oder Unterstützung von Unternehmen bei der Einhaltung internationaler Gesundheits- und Sicherheitsstandards. (*Pressemitteilung Pacific Islands Forum Secretariat 13.12.13, http://www.europa.eu/rapid/press-release_MEMO-09-150_de.pdf*)

Erste Botschafterin in Neuseeland

Erstmals ist eine Frau zur Botschafterin der Salomonen in Neuseeland ernannt worden. Joy Kere wurde Mitte Februar in Wellington als Botschafterin akkreditiert, sie tritt ihr Amt zum 1. März an. Kere war zuvor Staatssekretärin im Außenministerium der Salomonen.

Nach der Schließung der salomonischen Botschaft in Genf Ende vergangenen Jahres wegen fehlender Finanzmittel nur knapp zwei Jahre nach ihrer Eröffnung, unterhalten die Salomonen derzeit noch Botschaften in folgenden Ländern: Belgien (die Botschaft in Brüssel ist für die EU zuständig), die USA, Fidschi, Papua-Neuguinea, Australien, Malaysia, Taiwan und seit kurzem in Kuba. Grund für die Botschaft dort ist der Austausch medizinischen Personals zwischen den beiden Staaten: Kuba entsendet Ärzte auf die Salomonen und die Salomonen wiederum schicken Medizinstudenten zum Studium nach Havanna. (*Flash d'Océanie 21.02.14, Solomon Star 19.02.14*)

Tourismus-Fachschule geht in Betrieb

Ende Januar hat die an der Universität der Salomonen in Honiara ansässige Fachschule für Tourismus (*School of Tourism and Hospitality*) ihren Betrieb aufgenommen. Die Schule auf dem Kukum Campus wurde von Kultusminister Samuel Manetoali eingeweiht. Die staatliche Fachschule soll Nachwuchskräfte für das Hotel- und Gaststättengewerbe ausbilden. Minister Mane-

toali erklärte, er sei froh, dass die Salomonen ihren Bedarf an qualifizierten Fachkräften nun im eigenen Land ausbilden könnten.

Das rund zwölf Millionen US-Dollar teure zweistöckige Gebäude auf dem Universitätscampus verfügt über Konferenzräume, mehrere Klassenzimmer, Büros, einen Veranstaltungssaal sowie eine Mensa. (*Solomon Star 27.01.14, <http://www.sibconline.com.sb/new-tourism-school-building-opens-in-honiara/>*)

Delfinjagd wieder aufgenommen

Bewohner des Dorfes Fanalei auf der Insel Malaita haben Ende Januar des Jahres die Jagd auf Delfine wieder aufgenommen und für eine Dokumentation des arabischen Fernsehsenders *Al Jazeera* rund 350 Delfine getötet. Die Dorfbewohner verstießen damit gegen das vor einigen Jahren mit der amerikanischen Nichtregierungsorganisation *Earth Island Institute* (EII) geschlossene Abkommen über die Unterlassung der Delfinjagd. Das EII hatte Fanalei im Gegenzug die regelmäßige Überweisung von Geldern als Kompensation zugesagt. Nach Angaben einiger Dorfbewohner sind diese Gelder jedoch nie im Dorf angekommen, worauf sich der Klan nicht mehr an die Abmachung gebunden fühlte. Mit der Erklärung, die Jagd auf Delfine sei ein integraler Bestandteil der Kultur der Menschen in Fanalei, hatten die Menschen auch im vergangenen Jahr bei Treibjagden über 1.000 Delfine getötet. Das Fleisch der Tiere wurde unter den Dorfbewohnern verteilt, die Zähne der Tiere werden als Währungseinheit für Muschelgeld genutzt.

Auf Malaita werden Delfine traditionell von den Bewohnern vierer Dörfer gejagt: Fanalei, Walande, Bitā'ama und Ata'a.

Der salomonische Premierminister Gordon Darcy Lilo erklärte, seine Regierung verbiete die Jagd auf Delfine nicht. Einige

Gruppen in der Lagune von Lau und auf den kleineren Inseln praktizierten die Delfinjagd schon seit Jahrhunderten. Sie sei dort Tradition. Lilo erklärte, diese Menschen sprächen auch nicht von der „Jagd auf Delfine“ sondern von der „Ernte freilebender Delfine“. Regelmäßig mehrmals im Jahr würden die Delfine zum Eigenbedarf gejagt. Dafür gäbe es saisonal festgelegte Jagdzeiten.

Premier Lilo betonte in dem Interview mit *Al Jazeera*, dass die Salomonen jedoch den Export lebender Delfine verboten haben.

(*Solomon Star 17.02.14, Islands Business 18.02.14*)

FIDSCHI

Projekt zur Aufforstung

Mit finanzieller Unterstützung durch *Global Environment Facility* und logistischer Unterstützung durch den *World Wide Fund for Nature* (WWF) haben Bewohner des Dorfes Korotubu im Distrikt Macuata an der Nordküste von Vanua Levu 1.000 Bäume gepflanzt. Ziel der Aufforstungsaktion ist es, den nährstoffhaltigen Boden vor Erosion zu schützen. Dorfsprecher Noa Soroaquali erklärte, seit man den Ratschlägen des WWF gefolgt sei, gäbe es größere Fischbestände in Küstennähe und eine reichere Ernte bei den Feldfrüchten. Die Dorfbewohner hatten sich bereit erklärt, auf Brandrodung und den Einsatz von Pestiziden zu verzichten, um das Versickern des belasteten Wassers in Boden und Meer zu verhindern. Auch der Verzicht auf den Einsatz chemischer Düngemittel zeitige Erfolge, sagte Soroaquali.

Der für den Distrikt zuständige WWF-Projektsachbearbeiter Kolinio Musudroka zeigte sich begeistert von dem Umweltschutzengagement des Dorfes und beglückwünschte die Einwohner zu den erfolgreichen Maßnahmen. Durch die Aufforstung mit einheimischen Bäumen hätten die Dorfbewohner einen Beitrag zur

Bewahrung der für die Region typischen endemischen Flora und Fauna geleistet. (*Fiji Times* 13.02.14, http://wwf.panda.org/who_we_are/wwf_offices/fiji_islands/?uProjectID=FJ0041)

Entspannungspolitik zwischen Australien und Fidschi

Angesichts der weiterhin für September 2014 geplanten demokratischen Wahlen in Fidschi setzen der Inselstaat und die Regionalmächte Australien und Neuseeland ihre im vergangenen Jahr vorsichtig begonnene Entspannungspolitik fort. Gleichzeitig wird die Reintegration Fidschis ins regionale politische System vorbereitet. Dabei scheint vor allem Australiens neue konservative Regierung die Annäherung an Fidschi, mit dem es seit der Machtübernahme des Militärs im Jahre 2006 sehr angespannte Beziehungen unterhalten hat, massiv voranzutreiben. Mitte Februar besuchte die neue australische Außenministerin Julie Bishop die fidschianische Hauptstadt Suva, um dort mit Fidschis Übergangspräsident Voreqe Bainimarama zusammenzukommen. Es war der erste offizielle australische Besuch in Fidschi seit Jahren. Bishop sagte während des Besuchs, sie habe sich seit langer Zeit eine Normalisierung der Beziehungen zu Fidschi gewünscht. Sie sagte, die Australier hätten auch dadurch, dass sie in größerer Anzahl als je zuvor als Touristen nach Fidschi gereist seien, ihre Unzufriedenheit mit der australischen Sanktionspolitik gegenüber Fidschi zum Ausdruck gebracht.

Bereits im vergangenen Jahr hatten Australien und Neuseeland damit begonnen, erste Sanktionen, die fidschianischen Regierungsangehörigen die Einreise in die beiden Länder untersagt hatten, aufzuheben. Bishop kündigte nun während ihres Fidschi-Besuchs an, auch die verbliebenen Sanktionen möglicherweise auslaufen zu lassen. Die Sanktionspolitik sei nicht effektiv gewor-

den und müsse überdacht werden. Berichten zur Folge war der fidschianische Außenminister Ratu Kubuobola in den vergangenen Monaten bereits mehrfach in Australien, wo er sich auch mit Bishop getroffen hatte, um die zukünftige Kooperation zwischen Australien und Fidschi vorzubereiten. Auch der nach Bainimarama zweitwichtigste Mann der fidschianischen Regierung, der auch für die anstehenden Wahlen zuständige Justizminister Aiyaz Sayed-Khaiyum, erhielt bereits eine Sondererlaubnis, um Australien über Weihnachten zu besuchen.

Unter anderem möchte Australien Fidschi bei der Durchführung der geplanten Wahlen unterstützen. Bishop sagte in Suva, dass es aus ihrer Sicht zwar eine große Herausforderung für Fidschi sei, die Wahl landesweit an einem einzigen Tag durchzuführen, dass sie aber zuversichtlich sei, dass Fidschi dies schaffen werde. Sogar die Kooperation im Bereich der Verteidigungspolitik möchte Australien wieder aufnehmen. Unter anderem wurde Fidschi eingeladen, sich wieder an dem australischen *Patrol Boat-Projekt* zu beteiligen, mit welchem die australische Marine kleine Inselstaaten bei der Überwachung ihrer Seegrenzen unterstützt. Auch gemeinsames Training und möglicherweise sogar gemeinsame Übungen sollen wieder aufgenommen werden, hieß es.

Gemeinsam mit Bishop besuchten weitere Minister aus Mitgliedsstaaten des *Pacific Islands Forum* im Rahmen der Entsendung einer so genannten „Ministerial Contact Group“ Fidschi, darunter auch der neuseeländische Außenminister Murray McCully, welcher die Gruppe anführte. Wie Bishop lobte auch McCully die Fortschritte der fidschianischen Übergangsregierung auf dem Weg zu demokratischen Wahlen und unterstützte, ebenso wie weitere hochrangige Regierungsvertreter aus dem Pazifik, die neue australische Politik gegenüber Fidschi.

Das *Pacific Islands Forum*, die wichtigste regionale Organisation im Pazifik, welche Fidschi 2009 suspendiert hatte, hat währenddessen damit begonnen, wieder informelle Konsultationen mit Fidschi abzuhalten. Neben Australien und Neuseeland kündigten auch weitere Staaten eine Entspannungspolitik gegenüber Fidschi an. So sagte der britische Botschafter in Fidschi Unterstützung für die anstehenden Wahlen zu und schlug eine Wahlbeobachtung durch das Commonwealth vor. Diese wäre allerdings nur dann möglich, wenn Fidschi offiziell ausländische Wahlbeobachter einladen würde. Die Menschenrechtsorganisation *Amnesty International* sieht die derzeitigen Entwicklungen jedoch skeptisch und forderte den neuseeländischen Premierminister McCully auf, das Thema der Menschenrechte in Fidschi bei den Gesprächen mit fidschianischen Regierungsvertretern auf die Tagesordnung zu setzen. (Artikel von Pazifik-Netzwerk-Vorstand Oliver Hasenkamp, Berlin. Quellen: *Islands Business* 17.02.14, 19.02.14, *The Australian* 17.02.14, *Radio New Zealand International* 17.02.14)

Bainimarama will bei Wahlen kandidieren – Rücktritt als Vorsitzender der Streitkräfte

Der fidschianische Übergangspräsident Voreqe Bainimarama hat angekündigt, sein Amt als Vorsitzender der fidschianischen Streitkräfte aufzugeben. Gleichzeitig kündigte er die Gründung einer politischen Partei an, um bei den für September 2014 geplanten Wahlen anzutreten. Damit bestätigte er Gerüchte – und in einigen Kreisen Befürchtungen –, welche schon seit Monaten kursierten. Mit der Ankündigung handelt er im absoluten Gegensatz zu früheren Äußerungen, in welchen er es ausgeschlossen hatte, nach den Wahlen weiterhin in der fidschianischen Politik aktiv zu bleiben. Aufgrund der in weiten Teilen der fidschianischen Bevölkerung hohen Popularität Bainimaramas ist

seine Wahl zum Premierminister nicht unwahrscheinlich. Damit würde er in die Fußstapfen des früheren Putschführers Sitiveni Rabuka treten, der sich nach seinem Putsch später ebenfalls eine demokratische Legitimierung durch Wahlen verschaffte.

Laut der Ankündigung wollte Bainimarama sein Amt als Vorsitzender der Streitkräfte offiziell am 28. Februar abgeben. Kurz vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe wurde jedoch bekannt, dass die offizielle Parade zur Niederlegung des Vorsitzes aufgrund von schlechtem Wetter auf ein noch nicht näher spezifiziertes späteres Datum verschoben wurde. Auch die Nachfolge von Bainimarama steht noch nicht fest. Gerüchten zur Folge könnte der Schwiegersohn Bainimaramas, Francis Kean, zu der Gruppe möglicher Nachfolger gehören. Gegen Kean spricht allerdings, dass er eine mehrjährige Haftstrafe abgesessen hat, nachdem er im Jahr 2006 bei einer Hochzeitsfeier der Familie Bainimarama einen Gast getötet haben soll. Bainimarama führte die Streitkräfte 15 Jahre an, seit 2006 war er außerdem fidschianischer Übergangspräsident.

Auch zur neuen Partei von Bainimarama waren bei Redaktionsschluss noch keine weiteren Informationen bekannt. Der offiziellen Ankündigung zur Folge wollte Bainimarama am 1. März 2014 weitere Einzelheiten sowie den Namen der Partei bekanntgeben. Er kündigte bereits an, dass die Partei offen für alle Fidschianer sein solle und sich dies auch im Namen der Partei widerspiegeln würde. Das Parteiprogramm stehe für das, wofür die fidschianischen Streitkräfte seit 2006 gekämpft hätten und für die Werte der neuen Verfassung, sagte Bainimarama. Als ein zentrales Anliegen nannte er den Ausbau der Infrastruktur und Wasserversorgung in abgelegenen ländlichen Regionen. Neben Bainimarama sind auch noch keine Mitglieder der neuen Partei bekannt. Es hieß allerdings, Bainimarama habe die Mitglieder seiner Regie-

rung eingeladen, der Partei beizutreten. Bei den Wahlen möchte Bainimarama nicht, wie einige andere Parteien, mit einer Liste antreten, auf welcher gleich viele Frauen wie Männer stehen, sondern seine Kandidaten nach „Leistung“ auswählen.

Derzeit sind offiziell vier Parteien für die Wahlen angemeldet. Dabei handelt es sich um die *Fiji Labour Party* (FLP), die *National Federation Party* (NFP), die *Social Democratic Liberal Party* (SODELPA) (dabei handelt es sich um den Nachfolger der früheren indigenen, rechtsgerichteten *Soqosoqo Duavata ni Lewenivanua*, SDL) und die *Peoples Democratic Party* (PDP).

(Artikel von Pazifik-Netzwerk-Vorstand Oliver Hasenkamp, Berlin. Quellen: Islands Business 03.02.14, 14.02.14, 18.02.14, 24.02.14, Radio New Zealand International 26.02.14, Fiji Sun 18.02.14, Fiji Live 03.02.14, 14.02.14)

Vergabe von Lizenzen

Das fidschianische Bergbauministerium hat 18 Lizenzen zur Erkundung von Rohstofflagerstätten in der Tiefsee vergeben. Die Lizenzen wurden an die Konzerne *Nautilus Minerals* (Kanada), *Bluewater Minerals* (Australien) und an das *Korea Institute of Science and Technology* erteilt. Bergbauminister Malakai Finau erklärte, die Lizenzvergabe sei kein Persilschein für den Beginn der Rohstoffförderung aus der Tiefsee. Es gehe zuerst darum, herauszufinden, welche Rohstoffe wo vorkämen. In einem zweiten Schritt müsse man über die Vor-, vor allem aber über die Nachteile in Bezug auf Umweltschäden durch Tiefseebergbau diskutieren, so Finau. *(Fiji Times 12.12.13)*

VANUATU

Frauen im Gemeinderat

Die Regierungssprecherin der vanuatischen Regierung, Frau Letty Kaltonga, hat die Initiative der Regierung gelobt, auch bei den Wahlen zum Gemeinderat

Sitze für Frauen zu reservieren. 43 Frauen hatten bei den Wahlen am 24. Januar dieses Jahres für den Gemeinderat der Hauptstadt Port Vila kandidiert, alle Kandidatinnen blieben erfolglos. Durch die Reservierung von Sitzen für Frauen konnten jedoch fünf Frauen in den Gemeinderat einziehen, u.a. Leimara Malachi von der *Vanuaaku Pati*, die gleich zur Stellvertreterin des neu gewählten Bürgermeisters Ulrich Sumptoh von der *Union des Partis Modérés* gewählt wurde.

Kaltonga erklärte, mit dem im vergangenen August vom Parlament verabschiedeten *Municipalities Act* hätten auch Frauen in der Männer-basierten Gesellschaft von Vanuatu die Möglichkeit, sich politisch zu engagieren und für das Gemeinwohl einzusetzen. Das sei gerade in der Hauptstadt mit all ihren städtischen Problemen besonders wichtig. Als besonders drängende Probleme benannte der neue Bürgermeister die Jugend-Arbeitslosigkeit, das städtische Bevölkerungswachstum sowie die hohe Zahl jugendlicher Straftäter.

Mit der Reservierung von Sitzen auch im Parlament hat die Regierung einen weiteren Schritt unternommen, um die Vorgaben der *UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau* zu erfüllen. Diese Konvention sieht u.a. einen 30%igen Frauenanteil in politischen Ämtern von Stadt, Gemeinde und Staat vor. Von den 17 Sitzen im Gemeinderat von Port Vila wurden fünf für Frauen reserviert.

(Radio NZ. Intern. 30.08.13, Flash d'Océanie 27.01.14, Vanuatu Daily Post 18.01.14)

Chinesische Regierungsdelegation

Erstmals seit der Unabhängigkeit Vanuatus im Jahr 1980 haben sich Mitglieder der politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes (Chinese People's Political Consultative Conference, CPPCC) mit Regierungsvertretern von Vanuatu in der Haupt-

stadt Port Vila getroffen. Eingeladen worden waren die Chinesen von Parlamentssprecher Philip Boedero. Ziel des Besuchs war es, über die Schließung eines Partnerschaftsabkommens zwischen Vanuatu und der CPPCC zu diskutieren. Chen Yuan, der Vorsitzende des Nationalkomitees der CPPCC, sagte, man wolle zukünftig im Bereich der Entwicklungshilfe enger mit Vanuatu zusammenarbeiten. Boedero überreichte dem chinesischen Gast eine Wunschliste, welche Vorhaben die Chinesen in diesem Jahr finanziell unterstützen sollen, darunter u.a. die Renovierung des Parlamentsgebäudes sowie die Einfuhr von 50 PKW's, die während der gemeinsamen Versammlung von Vertretern der EU und der AKP-Staaten (ACP-EU Joint Parliamentary Assembly) im November 2014 in Port Vila zum Einsatz kommen sollen.

Info: Die chinesische Konsultativkonferenz besteht aus Mitgliedern der Kommunistischen Partei und Mitgliedern anderer zugelassener Parteien, die zusammenkommen, um Prinzipien der Politik zu besprechen. Sie wird betrachtet als ein Organ, durch das die Demokratischen Parteien, die Massenorganisationen sowie alle gesellschaftlichen Kreise an den Staats- und Regierungsgeschäften beratend teilnehmen können. (*Vanuatu Daily Post* 23.01.14, *Wikipedia*)

† Andrew Stuart

Am 27. Januar 2014 verstarb im britischen Dorset im Alter von 85 Jahren der letzte britische Botschafter der Neuen Hebriden (jetzt: Vanuatu) an den Folgen einer Asbest-Erkrankung. Andrew Christopher Stuart (Jahrgang 1928), Sohn eines anglikanischen Bischofs in Uganda, studierte Jura in Cambridge und war von 1953 bis 1962 in der britischen Kolonialverwaltung in Uganda tätig. Er trat 1965 in den diplomatischen Dienst ein und übernahm nach Einsätzen in Finnland, Hongkong und Indonesien 1978 das Amt des britischen Botschaf-

ters in dem britisch-französischen Kondominium Neue Hebriden. Stuart war federführend bei den Verhandlungen über die Unabhängigkeit des Staates Vanuatu beteiligt und konnte am 30. Juli 1980 die Entlassung der Neuen Hebriden in die Unabhängigkeit mit einer Flaggenzeremonie im *Independence Park* neben der britischen Botschaft auf der Insel Iririki erleben. Ihm ist es nach Angaben des britischen Außenministeriums zu verdanken, dass der Übergang in die Unabhängigkeit gewaltfrei vonstatten ging. Er hatte die Idee, die 200 britischen Marinesoldaten, die in den Monaten vor der Unabhängigkeit zur Niederschlagung eines Cargo-Kult-Aufstands auf der Insel Espiritu Santo ins Land gekommen waren, noch für die ersten drei Wochen nach dem 30. Juli 1980 im Land zu lassen. Diese Soldaten konnten so das von dem ersten vanuatischen Premierminister, dem anglikanischen Priester Father Walter Lini, eingeladene Truppenkontingent aus Papua-Neuguinea in der Übergangsphase unterstützen.

Andrew Stuart wurde nach der Unabhängigkeit Vanuatus britischer Botschafter in Finnland. Nach seiner Pensionierung übernahm er die Leitung des „Atlantic College“ in South Wales, einem internationalen Internat für 16- bis 19-jährige Schüler aus 90 Nationen. Im Rahmen seiner Tätigkeit verschaffte er zwischen 1985 und 1989 vier Ni-Vanuatus ein Stipendium für die renommierte weiterführende Schule. (*Vanuatu Daily Post* 17.02.14, <http://www.telegraph.co.uk/news/obituaries/10625216/Andrew-Stuart-obituary.html>)

KANAKY-NEUKALEDONIEN

Misstrauensantrag gegen Chefredakteur

Redakteure der einzigen Tageszeitung Neukaledoniens, der „Les Nouvelles Calédoniennes“, haben am Freitag, den 14. Februar 2014, einen Misstrauensantrag

gegen ihren Chefredakteur, Fabrice Rouard, gestellt. Die Gesellschaft der Journalisten (Société des Journalistes, SDJ) wirft Rouard vor, sich über ein Foto der Kanak-Unabhängigkeitsflagge auf der Titelseite der „Les Nouvelles Calédoniennes“ empört zu haben. Die Kanak-Flagge ist seit Juli 2010 neben der französischen Tricolore offizielle Landesflagge.

Laut der SDJ soll Rouard gesagt haben, dass er die Unabhängigkeitsflagge nicht sehen wolle, da sie nicht den Werten der Tageszeitung entspreche. Diese Episode zeigt die Auswirkungen, die die Wahl eines Berufsnovizen als Chefredakteur mit sich bringt, der zuvor als Pressesprecher der Stadtverwaltung von Nouméa und einer politischen Partei tätig gewesen ist.

Seit dem Verkauf der Tageszeitung an neukaledonische Geschäftsleute im Jahr 2013 haben insgesamt 19 von 44 Redakteuren die „Les Nouvelles Calédoniennes“ verlassen. Philippe Demazel, der Geschäftsführer der Tageszeitung, erkennt an, dass die Redaktion sich in einer Umbruchphase befindet und dass der Übergang zu Rouard nicht leicht falle. Beim aktuellen Misstrauensvotum gehe es jedoch mehr um zwischenmenschliche Schwierigkeiten als um die Kanak-Flagge, die kein Problem darstelle, so Demazel. (*Artikel von Pazifik-Netzwerkmittglied Dr. Matthias Kowasch, Bremen. Quelle: Le Monde, 14.02.14*)

Rückgabe von Federgeld

Das Nationalmuseum von Kanaky-Neukaledonien hat dem salomonischen Nationalmuseum in Honiara (Solomon Islands National Museum, SINM) aus roten Federn bestehendes Federgeld (Read Feather Money) zurückgegeben. Das „te vau“ genannte traditionelle Federgeld stammt von den Santa Cruz-Inseln in der Te Motu Provinz der Salomonen. Es war im Juli 1988 auf dem *Melanesian Arts Festival* in Honiara

an einen Mitarbeiter des Sekretariats der Pacific Community (SPC), Roy Benyon, verkauft worden. Benyon hatte das Federgeld dem Nationalmuseum in Kanaky gestiftet, wo es seit 1999 ausgestellt worden war. Nun wurde das Federgeld im Rahmen einer kleinen Feier in Honiara von dem bis Ende 2013 amtierenden Generaldirektor der SPC, Dr. Jimmie Rodgers, an das salomonische Museum übergeben.

Die freiwillige und kostenfreie Rückgabe des Federgeldes erfolgte auf Rat der *Pacific Islands Museums Association* (PIMA). Diese hatte bereits 2006 ethische Richtlinien („Code of ethics“) für die Rückgabe traditioneller Objekte in das Ursprungsland verfasst und alle PIMA-Mitglieder dazu aufgerufen, Objekte aus ihren Magazinbeständen an die Herkunftsländer zurückzugeben.

Der Direktor des SINM, Tony Heorake, zeigte sich begeistert über die Rückgabe des *te vau*. Bis dato habe man kein rotes Federgeld aus Santa Cruz im Museumsbestand gehabt. Nun könne man endlich auch diesen Bestandteil der traditionellen Kultur in einem würdigen Rahmen der Öffentlichkeit zugänglich machen, sagte Heorake.

Info: Federgeld wird aus den weißlichen Federn der Pazifiktaube (*Ducula pacifica*) und den roten des Nektarvogels (*Myzomela cardinalis*) sowie mit dem Saft des Papiermaulbeerbaumes (*Broussonetia papyrifera*) angefertigt. Die einzelnen Federgeldelemente werden mit Bast dachziegelartig zu einem etwa neun Meter langen Wulst geschnürt. Die Federgeldeinheit wird anschließend um zwei an den Enden befestigte Rindmanschetten zu einer Doppelrolle aufgewickelt. Vor Einfuhr der Geldwirtschaft wurden mit dem Federgeld der Brautpreis und Kompensationen bezahlt sowie Landkäufe getätigt. (*Solomon Times* 30.01.12, 20.12.13)

Fernsehsender nimmt Betrieb auf

Ende letzten Jahres hat der erste einheimische Fernsehsender NC.TV in der Stadt Koné (Nordprovinz) seinen Betrieb aufgenommen. Der Sender wird mit 4,5 Millionen US-Dollar pro Jahr von der Provinzregierung unterstützt. Geschäftsführer von NC.TV ist der Vize-Präsident der Nordprovinz, Jean-Pierre Djaiwe. Im Kanak- und französischsprachigen Programm laufen nicht nur Unterhaltungssendungen, sondern auch ein Bildungsprogramm zu den Themen Umweltschutz, Geschichte und Meeresbiologie. Der Sender wirbt mit dem Slogan „Au plus près de l'actualité calédonienne“ (dt. Nahe dran an den aktuellen Ereignissen). 60 % der Sendezeit sind für Lokalthemen reserviert. NV.TV ist gratis zu empfangen und sendet rund um die Uhr.

Bis dato gab es in Neukaledonien nur einen lokalen Fernsehsender, den zum französischen Fernsehen (France Television) gehörenden *New Caledonia Premiere*. (<http://www.nctv.nc/fr>, *Radio NZ. Intern.* 10.12.13)

Bereits 2009 hatte Palau ein Hai-fisch-Fangverbot über seine exklusive ökonomische Zone verhängt, ein Vorbild, dem u.a. die Marshall-Inseln und Französisch-Polynesien folgten.

Bis dato hat Palau Fangverträge mit Fischfangflotten aus Japan, Taiwan und einigen freien Firmen. Die Laufzeit dieser Verträge solle erfüllt werden, so der Präsident.

Trotz des zu erwartenden Verbots befürchtet Remengesau keine Verschlechterung der diplomatischen Beziehungen zu Japan und Taiwan. Man sei schon seit längerem mit beiden Staaten im Gespräch und habe klar gemacht, dass Palau sich der nachhaltigen und umweltverträglichen Bewirtschaftung des Ozeans verschrieben habe. Die Bewahrung der Umwelt und ihrer natürlichen Ressourcen sei ihm wichtiger als der schnelle Profit durch den Verkauf von Thunfischen, erläuterte der Präsident seine Politik.

Drohende finanzielle Verluste durch den Wegfall des kommerziellen Fischfangs will der Präsident über den Ausbau des Tourismussektors ausgleichen. Palau könne sich mit der Entscheidung zum Verbot des Fischfangs neben dem schon bestehenden Tauch- und Schnorcheltourismus auch auf dem Markt für nachhaltigen und umweltschonenden Tourismus etablieren, hofft der Präsident. Schon jetzt tragen die Einnahmen aus dem Tourismus zu mehr als der Hälfte des Bruttoinlandproduktes bei, sagte Remengesau. Die Touristen kämen vor allem wegen der wunderschönen Unterwasserwelt mit den intakten Korallenriffen und ihren dort zu beobachtenden Lebewesen. Prägnant formulierte Remengesau sein Motto für die Entwicklung Palaus: „*Tourism, not tuna*“. (*Palau Island Times* 06., 13.02.14)

MIKRONESIEN

Palau will kommerziellen Fischfang verbieten

Palau: Der palauische Präsident Tommy Remengesau jr. hat noch für dieses Jahr das Verbot kommerziellen Fischfangs in der exklusiven ökonomischen Zone der mikronesischen Inselrepublik angekündigt. Am Rande einer Konferenz der Vereinten Nationen zum Zustand der Ozeane (*Sustainable Oceans Forum*) Anfang Februar in New York erklärte Remengesau, die 200 Seemeilen-Zone rund um Palau zu einem Marineschutzgebiet zu deklarieren, in dem der Fischfang für Touristen und einheimische Fischer beschränkt werden soll.

Parlament entscheidet über Affen-Verbot

Palau: Marhence Madrangchar hat eine Eingabe beim Parlament gemacht, in der er die Vernichtung der Makaken-Bestände im palauischen Bundesstaat Angaur fordert. Auf der Insel Angaur leben mehr Makaken als Menschen, sagte Madrangchar. Die Affenpopulation ernähre sich von Betelnüssen, Palmendieben (engl. coconut crab, Kokoskrabbe) und Taro und gefährde dadurch die Ernährungssicherheit der Menschen. Erfolgreiche Subsistenzwirtschaft sei nahezu unmöglich, da die Affen auch die Gärten verwüsteten und aggressiv gegenüber Menschen auftreten. Kratz- und Bisswunden sind wegen der Übertragung des B-Virus auf den Menschen oft lebensbedrohlich.

Madrangchar hat bereits errechnet, das die Vernichtung der Bestände um die zwei Millionen US-Dollar kosten würde. Dabei sollten die Affen entweder getötet oder eingefangen, sterilisiert und in anderen Bundesstaaten wieder freigelassen werden.

Das von Madrangchar vorgeschlagene Gesetz soll die Haltung und den Besitz von Makaken auf Angaur bei Geld- und Haftstrafe verbieten. Ausgenommen werden von dem Verbot sollen lediglich die Tiere, die zu Forschungszwecken gehalten werden.

Nach der ersten Lesung im Parlament wurde der Gesetzesentwurf an das Ministerium für Landwirtschaft und Fischerei zur weiteren Überprüfung übergeben.

Info: Makaken sind Primaten aus der Familie der Meerkatzenverwandten. Die tagaktiven Allesfresser lieben Früchte und leben in Gruppen zusammen. Sie waren nicht endemisch auf Palau. Bereits seit 2009 führt das *Conservation International Pacific Islands Program* in Kooperation mit dem *Critical Ecosystem Partnership Fund* Projekte zur Sterili-

sation von Makaken auf Angaur durch. Das nationale palauische Komitee zur Kontrolle invasiver Arten (*National Invasive Species Committee*) hat sich zum Ziel gesetzt, die Makaken-Population auf Angaur wenn nicht ganz auszulöschen, so doch zumindest unter Kontrolle zu bekommen.

(Palau Island Times 24.01.14, http://www.conservation.org/publications/biodiversity_conservation_lessons_learned/Document%20s/CI_CEPF_Biodiversity_Conservation_Lessons-6-Macaques-Palau.pdf)

MARSHALL-INSELN

Nuclear Remembrance Day

Am 1. März haben die Bewohner der Marshall-Inseln der größten jemals gezündeten Atombombe auf ihren Inseln gedacht: Im Rahmen der so genannten „Operation Castle“ hatten die Amerikaner am 28. Februar 1954 auf dem Bikini-Atoll in der Ralik-Kette die Bombe mit dem Codenamen *Bravo* gezündet. Die Sprengkraft dieser Bombe war mit 15 Megatonnen tausendfach höher als die Bombe auf die japanische Stadt Hiroshima. Durch ungünstige Winde wurden die Atolle Enewetak, Rongelap und Utrik von dem radioaktiven Fall-out getroffen. Kürzlich veröffentlichte geheime US-Dokumente lassen den Schluss zu, dass die Amerikaner um die ungünstigen Winde wussten und die Verstrahlung von rund 18 weiteren Inseln im Umkreis von Bikini bewusst in Kauf nahmen. Noch heute ringen die Nachfahren der damaligen Atollbewohner mit den gesundheitlichen Folgen der radioaktiven Verstrahlung. Die Amerikaner zündeten zwischen 1946 und 1958 67 Atombomben auf den Marshall-Inseln.

Info: Jährlich am 1. März erinnern von den Folgen der Atomtests betroffene Menschen auf den Marshall-Inseln und in Französisch-Polynesien (auf den Atollen Moruroa und Fangataufa) mit einem „Nuclear Remembrance Day“ an die Zerstörung ihrer Heimat, der Umwelt und ihrer

Gesundheit. Der diesjährige Gedenktag zum sechzigsten Jubiläum des Abwurfs von *Bravo*, der auch in der Wüste von Arkansas (USA), in Japan und in Algerien begangen wurde - wo ebenfalls Atombomben getestet wurden - stand unter dem Motto: „*Reflect. Honor. Educate*“ (dt. nachdenken-ehren-bilden).

Auf den Marshall-Inseln hingen alle Flaggen auf Halbmast. Der 1. März ist dort ein offizieller Feiertag. An der zentralen Feier in Majuro nahm auch der US-Botschafter Thomas Armbruster teil. Er sagte anlässlich des 60-jährigen Jubiläums der *Bravo-Bombe*, die Marshalliesen hätten mit den Atombombentests auf ihrem Gebiet einen „wertvollen Beitrag zur globalen Sicherheit in den Zeiten des Kalten Krieges“ (Zitat) geleistet. Mit Kompensationszahlungen in Höhe von 600 Millionen US-Dollar habe man sich für diese Bereitschaft bedankt, so Armbruster. Er merkte an, dass sich Marshalliesen und Amerikaner in Bezug auf zu leistende Kompensationszahlungen nicht immer einig seien, dass dies jedoch nicht die jahrelange gute Kooperation zwischen den Staaten schmälere. (*Marshall Islands Journal* 29.11.13, PINA 28.02.14, http://www.wagingpeace.org/articles/db_article.php?article_id=568, <http://www.meius.org/news-2/>)

Debatte um Mindestlohn

Kontrovers wurde Ende Januar im marshallesischen Parlament *Nitijela* die Frage diskutiert, ob und wann der bis dato geltende Mindestlohn von zwei auf drei US-Dollar angehoben werden kann. Finanzminister Dennis Momotaro sagte, er begrüße jede Maßnahme, die das Leben der arbeitenden Bevölkerung verbessere. Allerdings bedeute eine Lohnerhöhung für Arbeitgeber eine enorme finanzielle Belastung. In die gleiche Kerbe stieß Geschäftsmann Charles Domnick. Er rechnete vor, dass er bei steigenden Löhnen für seine 100 Angestellten einige Mitarbeitende entlassen müsste, um die Lohnkosten auszugleichen. Domnick

sagte, gerade der private Sektor leide unter den Folgen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise und die Wirtschaft auf den Marshall-Inseln habe sich noch lange nicht von dem Finanzschock erholt.

Die Staatssekretärin im Innenministerium, Daisy Alik-Momotaro, beklagte, neben den Problemen in der Privatwirtschaft im Falle von Gehaltserhöhungen gebe es vor allem Probleme in der Ungleichbehandlung der Firmen. Einige Firmen müssten Steuern an den Staat zahlen, andere seien von einigen Steuern befreit. Diese Unternehmen könnten schon per se höhere Löhne auszahlen. Alik-Momotaro gab an, dass staatliche Gehälter bereits heute über dem Mindestlohn liegen. So verdienen die Beamten des Ministeriums mindestens 3,27 US-Dollar pro Stunde.

Der für den Haushalt zuständige Staatssekretär im Finanzministerium, Clarence Samuel, bemängelte vor allem die exorbitanten Ausgaben für die Gehälter der Vielzahl von staatlichen Angestellten. Während im Haushaltsjahr 2007/2008 die Regierung noch vierzehntägig 800.000 \$ an Gehältern zahlen musste, stieg diese Summe im aktuellen Haushaltsjahr auf 1,4 Millionen \$. Das entspricht einer Steigerung der Lohnausgaben für Beamte um 42 %. Man müsse daher schon jetzt das Jahr 2023 im Blick haben, riet Samuel. Dann läuft das Assoziierungsabkommen mit den USA aus (*Compact of free association*) und es wird ein starker Rückgang amerikanischer Gelder erwartet. (http://www.minimum-wage.org/international/en/Marshall_Islands, *Marshall Islands Journal* 31.01.14)

Ärztemangel in Majuro

Ende vergangenen Jahres hat die letzte verbliebene Chirurgin am staatlichen Krankenhaus in Majuro ihre Stelle aufgegeben, so dass sich die Regierung veranlasst sah, einen Ärztenotstand für die Hauptinsel der Marshall-Inseln auszurufen. Im 90-Betten-

Krankenhaus sind derzeit alle wichtigen Facharztstellen unbesetzt, es mangelt an Gynäkologen, Kinderärzten, Röntgenfachärzten und Anästhesisten. Krankenhaus-Verwaltungsratsvorsitzende Marie Maddison appellierte in den Medien an im Ausland praktizierende marshallische Ärzte und bat diese, zumindest vorübergehend nach Majuro zurückzukehren, um den Krankenhausbetrieb aufrechterhalten zu können. (*Marshall Islands Journal* 13.12.13, <https://www.facebook.com/majuro.hospital>)

13 Monate auf See

Rund 13 Monate hat José Alvarador Alvarenga aus dem lateinamerikanischen El Salvador in einem Fischerboot auf hoher See überlebt. Der Fischer strandete schließlich am 30. Januar 2014 auf der Enen Aitok Insel im Atoll Ebon. Er war im Dezember 2012 aus seiner Wahlheimat Mexiko von der Costa Azul zum Fischen aufgebrochen, mit an Bord seines Bootes „Camaroneros dela Costa“ ein etwa 15 Jahre alter Teenager namens Ezequiel. Nachdem der Außenbordmotor des Acht-Meter-Fiberglas-Bootes bei einem Sturm kaputtgegangen war, trieb das Boot monatelang rund 10.500 Kilometer von Mexiko aus quer über den Pazifischen Ozean. Der 37-jährige Alvarenga fing Regenwasser auf und ernährte sich von Vogelblut, rohen Fischen und Schildkrötenfleisch, die er mit der Hand fing. Sein Angelpartner konnte den rohen Fisch nicht bei sich behalten und starb nach kurzer Zeit an Hunger und Durst. Alvarenga warf die Leiche über Bord. In den regenlosen Zeiten trank der Latino nach eigenen Angaben seinen Urin.

Inzwischen konnte Alvarenga zu seiner 14-jährigen Tochter Fatima und seinen Eltern zurückkehren, den Heimflug finanzierte der in Manila (Philippinen) stationierte mexikanische Botschafter Julio Camarena, der auch für die Marshall-Inseln zuständig ist. (*Sonderausgabe des Marshall Islands Journal* 07.02.14, *Die Welt* 06.02.14, *Wikipedia*)

Japan finanziert Kopro-Lagerhalle

Japan wird die Renovierung der großen Kopro-Lagerhalle auf dem Atoll Namdrik mit knapp 72.000 US-Dollar unterstützen. Das Geld kommt aus dem japanischen Fonds für Grassroot-Initiativen (Grant Assistance for Grassroots Human Security Project). Der Bürgermeister von Namdrik, Clarence Luther, und der japanische Botschafter auf den Marshall-Inseln, Kazuhiko Anzai, unterzeichneten Ende vergangenen Jahres das Abkommen zur Instandsetzung der Lagerhalle.

Die *Namdrik Copra Cooperative* ist der größte Arbeitgeber auf dem Atoll. Die Vereinigung der Kopro-Bauern betreibt seit 1988 ein Lagerhaus für das zu Kopro verarbeitete Kokosnussfleisch und liefert dieses dann an die Weiterverarbeitungsanlage auf das Hauptatoll nach Majuro. Mit dem Geld soll die Lagerhalle modernisiert werden, außerdem soll ein Büro für die Verwaltung der Kooperative entstehen.

Info: Das Namdrik-Atoll ist ein aus zwei Inseln bestehendes Korallenatoll und gehört zur Ralik-Kette. Die Landfläche beträgt nur 2,8 Quadratkilometer, die Lagune ist 8,4 Quadratkilometer groß. Auf diesem kleinsten bewohnten Atoll der Marshall-Inseln leben 600 Menschen. Es gibt drei Kirchen und eine Schule (*Marshall Islands Journal* 27.12.13, *Wikipedia*)

Neuer Botschafter

Der 53-jährige Winston W.Y. Chen aus Taiwan ist neuer Botschafter von Taiwan auf den Marshall-Inseln. Er tritt sein Amt zum 1. Februar an. Chen war zuvor Direktor des „Taipei Economic and Cultural Office“ im kanadischen Toronto. Er folgt auf George TK Li, der das Amt des Botschafters in den letzten drei Jahren innehatte. Li ist in das Außenministerium nach Taipei zurückgekehrt. (*Marshall Islands Journal* 17.10.14)

KIRIBATI

I-Kiribatis sind willkommen

Die Bewohner von Kiribati sind in Fidschi herzlich willkommen, sollten die Inseln durch den steigenden Meeresspiegel in naher Zukunft unbewohnbar werden. Das sagte der fidschianische Präsident Ratu Epeli Nailatikau anlässlich eines Staatsbesuchs bei seinem Amtskollegen, Präsident Aote Tong. Im Falle des Falles würden die I-Kiribatis nicht als Klimaflüchtlinge behandelt werden, sondern als Menschen, die ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Die von Präsident Tong entworfene Umsiedlungsstrategie unter dem Schlagwort „Migrate with dignity“ (dt. mit Würde umsiedeln) könne durchgeführt werden. Dafür stünde er mit seinem Wort, so der Fidschianer. Man habe schon einmal erfolgreich ein ganzes Volk aufgenommen, nachdem die Insel Banaba durch den Phosphatabbau unbewohnbar geworden war. Die Menschen aus Banaba hätten sich ihre eigene kulturelle Identität bewahrt, seien jedoch gut integriert in Fidschi und hätten auch einen eigenen Parlamentssitz. So ein Szenario könne er sich auch für die Bewohner von Kiribati vorstellen, sagte Nailatikau.

Mit dem Ankauf von 6.000 Hektar Land zur Ernährungssicherung auf der Insel Vanua Levu habe Kiribati schon einen ersten wichtigen Schritt getan. Die Identität einer Nation mache sich nicht nur rein äußerlich an einem eigenen Staat fest, sondern sei vor allem eine Sache des Herzens, sagte der Präsident bei seiner Ansprache vor hochrangigen Regierungsvertretern.

Nailatikau bedankte sich bei dem Staatsbankett anlässlich seines Besuches Mitte Februar in Tarawa ausdrücklich bei der Regierung von Kiribati für die langjährige gute Zusammenarbeit und die freundschaftlichen Beziehungen. Sichtbares Zeichen der Freundschaft sei z.B. der Einsatz Fidschis für die Menschen in Kiribati auf internationaler politischer

Ebene. In den diversen Gremien der Vereinten Nationen weise man stets auf die Gefahren des Klimawandels für niedrig gelegene Pazifikinseln hin, erklärte der fidschianische Präsident. (*Fiji Sun* 12.02.14, *Pacnews* 12.02.14, *Fiji News* 13.02.14)

Unterstützung durch Weltbank

Die Weltbank wird in diesem Jahr Kiribatis Vorhaben einer Wirtschaftsreform (*First Economic Reform Development Policy Operation*) mit 5,2 Millionen US-Dollar unterstützen. Mit den Geldern soll primär die Wirtschaft des Staates gestützt werden. Durch seine insuläre Kleinstaatlichkeit, die räumliche Zersplitterung des Gebietes und die Abgelegenheit im Pazifischen Ozean sei Kiribati besonders anfällig für Wirtschafts- und Finanzkrisen, formulierte ein Weltbank-Berater das Motiv für die umfangreiche Unterstützung. Mit dem Geld soll das Steuersystem modernisiert werden. Außerdem sollen der Bürokratie-Apparat verschlankt und die Dienstleistungen im Öffentlichen Dienst verbessert werden.

Info: Die 33 Atolle von Kiribati haben zusammengenommen nur eine Fläche in der Größe von Hamburg. Sie erstrecken sich jedoch über eine Wasserfläche von 3,5 Millionen Quadratkilometern. Ein Großteil der rund 120.000 Einwohner lebt auf dem Atoll Tarawa. (*Flash d'Océanie* 13.12.13, <http://www.worldbank.org/en/news/press-release/2013/12/11/world-bank-supports-kiribati-economy>)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

Fidschianische Lehrer

Tuvalu: Im Rahmen des fidschianischen Freiwilligenprogramms (Fiji Volunteer Scheme) sind erstmals sechs pensionierte Lehrkräfte zwischen 55 und 70 Jahren nach Tuvalu entsandt worden. Sie sollen in dem nur 15.000 Einwohner zählenden unabhängigen Inselstaat die Hauptfächer Englisch und Mathematik an den (Grund-)Schulen unterrichten.

Über das Senior-Expert-Programm der fidschianischen *Public Service Commission* sind derzeit auch zwölf pensionierte Lehrer auf den Marshall-Inseln, sowie sechs auf Nauru tätig. Zukünftig sollen auch Lehrkräfte nach Vanuatu geschickt werden.

Voraussetzung für den Freiwilligendienst ist ein einwandfreies polizeiliches Führungszeugnis, ein ärztliches Attest sowie die Altersspanne zwischen 55 und maximal 70 Jahren. (*Fiji Sun* 13.01.14, <http://www.psc.gov.fj/index.php/services/fiji-volunteers-service>)

Task-Force gegen Übergewicht

US-Samoa: Der Gouverneur von Amerikanisch-Samoa, Lolo Matalagi Moliga, hat Anfang des Jahres eine neunköpfige so genannte „Obesity Task-Force“ einberufen, die sich des Problems von Übergewicht und Diabetes in diesem amerikanischen Außengebiet im Herzen des Pazifischen Ozeans annehmen soll. Ausschlaggebend für die Einberufung des Expertengremiums war die Präsentation der in staatlichen Diensten stehenden Ärztin und Ernährungswissenschaftlerin Dr. Salei'a

Fa'amuli. Sie hatte in ihrem Vortrag vor dem Parlament nicht nur auf die gesundheitlichen Folgen von Übergewicht hingewiesen, sondern auch die enorm hohen Behandlungskosten für durch Übergewicht bedingte Krankheiten benannt. Die Wissenschaft habe einen Zusammenhang zwischen extremem Übergewicht und der Erkrankung an Diabetes des Typs 2 ermittelt, hatte die Ärztin erläutert. Für diesen Zusammenhang spricht auch die hohe Zahl der an Diabetes-II erkrankten Samoaner, wie Gesundheitsminister Tamasoali'i Dr. Joseph Tufa bei einem Gesundheitstreffen im November 2013 festgestellt hatte. Er erklärte, die Regierung habe allein im Jahr 2013 2,6 Millionen US-Dollar zur Behandlung von Diabetes und ähnlichen Krankheiten aufwenden müssen.

Tamasoali'i stellte auf dem Gesundheitstreffen auch Statistiken vor, wonach im Jahr 1980 noch einer von sieben Samoanern übergewichtig war und 3.000 Menschen an Diabetes litten. Für das Jahr 2013 werden bereits einer von drei Samoanern als übergewichtig geführt und die Zahl der an Diabetes-II Erkrankten stieg auf 8.000 Personen. Vermutlich sind weitere 6.000 Einwohner von US-Samoa an Diabetes erkrankt, ohne dass dies den Ärzten bekannt ist. Rund 10.000 Menschen litten an einer Vorstufe zur Diabetes, sagte der Gesundheitsminister.

Info: Die „International Obesity Taskforce“, eine Lobby- und Advocacy-Organisation der *International Association for the Study of Obesity*, schätzt, dass weltweit eine Milliarde Menschen übergewichtig sind. Nach letzten Angaben aus dem Jahr 1995 sind in dem benachbarten unabhängigen Staat Samoa 63 % der Frauen und 32,9 % der Männer übergewichtig.

(www.iaso.org, *The Samoa News* 11.01.14, <http://www.talane.com/pages/18149892.php> ?)

Partnerschaftsabkommen mit Neuseeland

Samoa: Ende letzten Jahres haben Samoa und Neuseeland ein Partnerschaftsabkommen über die Förderung von Projekten im Bereich der erneuerbaren Energien geschlossen. Für Samoa unterzeichnete der Premierminister Tuilaepa Sa'ilele Malielegaoi das *Renewable Energy Partnership Framework*, für Neuseeland der neuseeländische Botschafter für Samoa, Stuart Horne, am Amtssitz des Premiers in der samoanischen Hauptstadt Apia. Neuseeland wird den Ausbau erneuerbarer Energien in Samoa mit 11,7 Millionen US-\$ unterstützen. Das Förderprogramm läuft bis zum 31. Dezember 2017.

Die Regierung Samoas hat sich vorgenommen, bis zum Jahr 2016 den Anteil erneuerbarer Energien im Energiesektor auf 10 % zu steigern. Zur Umsetzung des ambitionierten Umweltziels sollen Solar- und Windparks sowie Wasserkraftwerke gebaut werden. Bereits Anfang des Jahres sollen Solarpaneele auf den Sportstätten in Faleata installiert werden. Der dann dort gewonnene Strom soll in das nationale Stromnetz eingespeist werden und soll nach ersten Berechnungen rund 8.000 Häuser mit Energie versorgen können.

(*Samoa Observer* 21.12.13, <http://www.savalinews.com/2014/01/30/nz27-8-million-for-renewable-energy/>)

Beitritt zur UNESCO-Konvention

Samoa: Mitte Februar ist Samoa der *UNESCO Convention for the Safeguarding of the Intangible Cultural Heritage* (ICH) beigetreten. Etienne Clement, geschäftsführender Direktor des regionalen UNESCO-Büros im Pazifik, begrüßte die Entscheidung des Parlaments. Die Regierung bemühe sich, die kulturellen Besonderheiten der Samoaner zu bewahren und dies gelinge auch trotz zunehmender Globalisierung und Kommerzialisierung.

Clement hofft, dass die traditionellen samoanischen *Siva*-Tänze sowie das Flechten feiner Matten (*'ie toga*) demnächst in die UNESCO-Kulturerbe-Liste aufgenommen werden.

Den Beitritt zur Konvention hatte das Ministerium für Bildung, Sport und Kultur organisiert. Minister Matafeo Falanaipupu Tanielu Aiafi erklärte, das Ministerium bemühe sich in besonderer Weise um die Bewahrung mündlich überlieferter Mythen und Legenden. Bis dato hat das Ministerium ein siebenbändiges Kompendium mit einheimischen samoanischen Geschichten veröffentlicht.

Info: Das UNESCO-Übereinkommen zur Erhaltung des Immateriellen Kulturerbes, welches im Rahmen der 32. Generalversammlung der UNESCO im Jahr 2003 beschlossen wurde, hat sich den weltweiten Schutz des immateriellen Kulturerbes zum Ziel gesetzt. Zum immateriellen Kulturerbe zählen Praktiken, Darstellungen, Ausdrucksformen, Wissen und Fertigkeiten, die Gemeinschaften, Gruppen und gegebenenfalls Einzelpersonen als Bestandteil ihres Kulturerbes verstehen. Konkret umfasst das immaterielle Kulturerbe mündlich überlieferte Traditionen und Ausdrucksformen, darstellende Künste, das Wissen und die Praktiken in Bezug auf die Natur und das Universum, gesellschaftliche Praktiken, Rituale und Feste sowie traditionelle Handwerkstechniken. (*Talamua* 11.02.14, http://www.unesco.at/kultur/immat_kulturerbe.htm)

Konferenz zur Geschlechtergerechtigkeit

Samoa: Bei einer eintägigen Konferenz zum Thema Geschlechtergerechtigkeit im *Tanoa Tusitala* Hotel in der samoanischen Hauptstadt Apia haben Frauen in Führungsrollen die Teilnehmerinnen dazu aufgefordert, sich aktiver in Politik und Wirtschaft zu engagieren. Im Verlauf der *Pacific Gender Justice Knowledge Exchange Con-*

ference rief die Rechtsanwältin Maiava Videkota Peteru Frauen dazu auf, ihre traditionelle Rolle als Mutter und Ehefrau zu übernehmen und sich auf nationaler Ebene in der Politik des Inselstaates zu engagieren. Es könne nicht angehen, dass starke Frauen hochrangige Titel ablehnten mit der Begründung, sie müssten sich eher um die Familie kümmern als um Dorfpolitik.

Peteru begrüßte den im vergangenen Jahr verabschiedeten Zusatzartikel zur samoanischen Verfassung (*Constitution Amendment Act 2013*), der 10 % aller Parlamentssitze für Frauen reserviert. Sie betonte, wie wichtig es sei, Frauen dazu zu befähigen, Führungspositionen in Politik, Wirtschaft und Kultur einzunehmen. Sie ermutigte die Konferenzteilnehmerinnen, *matai*-Titel anzunehmen und sich so der Verantwortung für das Wohlergehen von Dorf und Staat zu stellen.

Die Konferenz endete mit der offiziellen Inbetriebnahme einer Homepage zur Geschlechtergerechtigkeit. Infos dazu unter www.pacificgenderjustice.org/ (*Samoa Observer* 16.02.14, <http://www.prweb.com/releases/pacificgenderjustice/02/prweb11567989.htm>)

Virtuelle Uni eröffnet

Tonga: Am 6. Januar hat der tongaische Bildungsminister Dr. 'Ana Taufe'ulungaki im Festsaal der *University of the South Pacific* in Ha'ateiho die virtuelle *Lo'au University* in Betrieb genommen. Da die Aula auf dem Unicampus, die Lopaukamea II Hall, nicht über einen Internetanschluss verfügt, konnte den rund 200 Teilnehmenden an der Feier leider kein Überblick über das Online-Angebot der neuen virtuellen Uni gegeben werden.

Nach Angaben des elfköpfigen Leitungsgremiums unter Führung von Kanzler Professor 'Inoke Fotu Hu'akau haben bereits die ersten 60 Studierenden ihr Fernstudium aufgenommen, darunter auch in Australien und Amerika

lebende Tongaer. Für tongaische Staatsbürger ist das Fernstudium kostenlos, Ausländer müssen Studiengebühren entrichten. Zu den eingeschriebenen Studierenden gehören auch fünf Personen, die bereits ihr Studium abgeschlossen haben und nun online ihre Promotion absolvieren wollen. Insgesamt will die Fernuni nicht mehr als 500 Studierende aufnehmen, um die Betreuung der Studenten gewähren zu können. Das Motto der Uni lautet: „Education for Thinking“.

Derzeit können 34 Kurse an den sechs folgenden Fakultäten virtuell besucht werden: School of Rational Studies, School of Natural and Formal Sciences, School of Social Philosophy, Ethno-Science and Humanities, School of Business, Commerce and Information Technology, School of Health and Social Services, School of Technology.

Für einen Masterabschluss rechnet der Kanzler mit einer kurzen Studienzzeit von 1,5 Jahren. Hier kann die Uni besucht werden: www.loauuniversity.edu.to (*Matangi Tonga* 07.01.14)

FRZ.-POLYNESIEN

[Alle Artikel in dieser Rubrik stammen von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Lorenz Gonschor, Honolulu/Hawaii.]

UN beschließt Resolution zu Atomtestfolgen und Selbstbestimmung

Am 11. Dezember 2013 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen einstimmig die Resolution 68/93 beschlossen, in der das Recht Französisch-Polynesiens auf Selbstbestimmung unterstrichen wird. Damit wird der in der vorherigen Sitzung im Mai 2013 beschlossenen Wiedereinschreibung des Landes auf die Liste der zu entkolonisierenden Territorien Folge geleistet.

Konkret wird in der Resolution von Frankreich gefordert, mit der

UNO und der Landesregierung zusammenzuarbeiten, um gemeinsam ein Programm zur politischen Bildung der Bevölkerung zu erstellen, damit diese in Zukunft frei und informiert ihr Recht auf Selbstbestimmung ausüben kann.

Des Weiteren fordert die Resolution den Generalsekretär der UN dazu auf, in Kooperation mit relevanten Sonderorganisationen der UN einen Bericht über die ökologischen, gesundheitlichen und sonstigen Folgen der französischen Atomtests zu erstellen.

Während ersterer Punkt zunächst nur symbolischen Wert hat, da sich sowohl Paris als auch die derzeitige Landesregierung weigern, mit der UNO zusammenzuarbeiten, ist insbesondere letzterer Punkt von großer Bedeutung. Während bislang die Debatte um die Folgen der Atomtests nur im Rahmen französischer Institutionen geführt wurde, werden durch die Resolution die Atomtestfolgen nun offiziell zu einem internationalen Problem, das auf UN-Ebene diskutiert werden kann. Da das Land, anders als mancher totalitärer Staat, nicht von der Außenwelt abgeschottet ist, wird Frankreich die Erstellung des UN-Berichts über die Atomtestfolgen kaum effektiv verhindern können, selbst wenn Paris die direkte Zusammenarbeit mit den UN-Behörden verweigert.

(<http://www.un.org>, *Tahiti-Infos*)

Prozess gegen Pouvanaa wird neu aufgerollt

Ende Februar kündigte die französische Justizministerin Christine Taubira an, eine Wiederaufnahme des 1959 stattgefundenen Strafprozesses gegen den Staatsmann Pouvanaa a Oopa (1895 - 1977) einzuleiten.

Pouvanaa, der heute parteiübergreifend als Gründervater (Metua) der modernen politischen Kultur Französisch-Polynesiens gilt, hatte in den 1940er und 1950er Jahren den Widerstand gegen die Willkür des kolonialen Regie-

zungssystems angeführt und 1949 die erste politische Partei des Territoriums, *Rassemblement Démocratique des Populations Tahitiennes* (RDPT), gegründet. Im gleichen Jahr war er zum Abgeordneten des Territoriums in der französischen Nationalversammlung gewählt worden. Als Paris 1957 allen französischen Territorien Autonomie gewährte, wurde Pouvanaa zum Ministerpräsidenten der Territorialregierung gewählt. Ein Jahr später wurde er allerdings unter dubiosen Vorwürfen in Verletzung seiner parlamentarischen Immunität festgenommen, seiner Ämter enthoben und wegen angeblichem „Aufruf zur Brandstiftung“ zu einer langjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. In krassem Gegensatz zu den meisten anderen französischen Territorien, die immer mehr Autonomie erhielten und schließlich 1960 in die Unabhängigkeit entlassen wurden, schaffte Paris die Autonomie Französisch-Polynesiens wieder ab und unterstellte das Territorium erneut einem von Paris ernannten Gouverneur. 1963 wurde zudem die RDPT verboten. All dies geschah, um den reibungslosen Aufbau des Atomtestzentrums auf Moruroa zu gewährleisten, das dann von 1966 bis 1996 in Betrieb war. Pouvanaa stand zehn Jahre lang in Frankreich unter Hausarrest und durfte erst 1968 wieder nach Tahiti zurückkehren.

Als eine Art verhindertes Staatsgründer gilt Pouvanaa heute quasi als Nationalheld, spiegelt aber gleichzeitig die tragische Geschichte des durch den nuklearen Neo-Kolonialismus vom Weg einer normalen Entkolonisierung abgekommenen Landes wider.

Dass es sich seinerzeit um einen kolonialpolitischen Schauprozess handelte, war seit jeher allen klar. Allerdings fehlten dazu bis vor kurzem eindeutige rechtskräftige Beweise. Der französische Historiker Jean-Marc Regnault hat allerdings in den letzten Jahren diese Beweise in akribischer Arbeit aus verschiedenen französischen Archiven zusammengetra-

gen, infolgedessen die Landesversammlung im Februar 2013 ein offizielles Gesuch um Revisi-on des Prozesses an die Justizministerin stellte.

Die Ankündigung der Justizministerin wurde sowohl von Vertretern der regierenden Partei *Tahoeraa Huiraatira* von Gaston Flosse als auch der oppositionellen *Union Pour La Démocratie* (UPLD) von Oscar Temaru mit großer Genug-tuung aufgenommen. (*Tahiti-Infos*)

Selbsternannte Republik gewaltsam aufgelöst

Die Führung der vor drei Jahren gegründeten selbsternannten „monarchistischen Republik Pakumotu“, die beansprucht, die legitime Regierung des Landes zu sein, wurde am 29. Januar von der Polizei verhaftet.

Die Gruppe, die bereits mehrmals durch bizarre Aktionen von sich reden gemacht hatte, war zuletzt ins Fadenkreuz der Polizei gelangt, weil sie versucht hatte, ihre eigene Phantasiewährung, den „Patu“, in Umlauf zu setzen. Mehrere ihrer Anhänger, die versucht hatten, in Läden mit den selbstgedruckten „Patu“-Geldscheinen zu bezahlen, wurden im Dezember wegen Betrugs verhaftet. Der mitangeklagte Anführer der Gruppe, Teiri Athanase (der sich selbst als „König Taginui I“ bezeichnet), erschien jedoch nicht vor Gericht, und wurde am 21. Januar in Abwesenheit zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil er zahlreiche Drohbriefe an Regierungsangestellte und Bankiers geschrieben hatte, um die Anerkennung seiner „Währung“ zu erzwingen. Zusätzlich gab es Hinweise, dass die Gruppe im Begriff sei, ihre eigene bewaffnete Miliz aufzubauen. Als die Polizei am 29. Januar erschien, um das Urteil zu vollstrecken, bestätigte sich dieser Verdacht, denn bewaffnete Leibwächter des „Königs“ leisteten Widerstand und es kam zu einem Feuergefecht, bei dem glücklicherweise niemand

verletzt wurde. Athanase und seine Mitarbeiter sind nun zusätzlich wegen versuchten Mordes, illegalen Waffenbesitzes und der Gründung einer illegalen Miliz angeklagt.

Das Ganze klingt nach einer seltsamen Mischung aus Operettenstaat und exzentrischer Sekte, hat aber durchaus ernstzunehmende soziale Hintergründe. Immer mehr ärmere Leute in Tahiti haben aufgrund der anhaltenden, strukturell bedingten Wirtschaftskrise keinerlei Perspektive mehr. Gleichzeitig kommt die traditionelle Politik immer mehr in Verruf. Die traditionellen für die Unabhängigkeit eintretenden Parteien, denen die verarmte Unterschicht traditionell anhing, haben durch ihre Untätigkeit, konkrete Reformen einzuleiten, während sie an der Macht waren, massiv an Glaubwürdigkeit verloren. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass zahlreiche exzentrische politische Bewegungen, die der Bevölkerung eine utopische Alternative zur tristen politischen Wirklichkeit vorgaukeln, immer mehr Anhänger finden. „Pakumotu“ ist nur eine von vielleicht etwa zehn solcher Gruppen. (*Tahiti-Infos, Tahiti Pacifique*)

HAWAII

Rotes Kreuz um Vermittlung gebeten

Mitte Dezember 2013 führte eine Delegation der kommissarischen Regierung des Hawaiischen Königreichs unter Führung des Politikwissenschaftlers Keanu Sai ein mehrstündiges Gespräch mit hochrangigen Vertretern des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) in Genf, um die Organisation auf die andauernde völkerrechtswidrige Besetzung Hawaiis durch die USA aufmerksam zu machen.

Entsprechend der Genfer Konvention von 1949 ist es Aufgabe des IKRK, den Schutz von Zivilisten im Rahmen von Kriegshand-

lungen und Okkupationen (sogenannten „Protected Persons“, also schutzbedürftigen Personen) zu gewährleisten. Da Hawai'i 1898 im Rahmen des Spanisch-Amerikanischen Krieges von den USA besetzt wurde, aber die Souveränität des hawaiischen Staates nie völkerrechtlich aufgelöst wurde, ist Hawai'i bis heute ein unabhängiger Staat unter amerikanischer Besatzung und fällt somit unter den Geltungsbereich der Genfer Konvention. Letztere ist nämlich nicht ausschließlich auf bewaffnete Konflikte, sondern auch auf kriegsbedingte Besetzungen von Drittländern ohne direkte militärische Auseinandersetzungen anwendbar. Die in der Genfer Konvention bestimmten Rechte der hawaiischen Zivilbevölkerung werden zur Zeit systematisch von den US-Behörden verletzt, beispielsweise durch die Aneignung von Grundstücken hawaiischer Bürger durch Immobilienspekulanten, die illegale Erhebung von Steuern durch die US-Bundesbehörden, sowie die Verwehrung fairer Prozesse durch die amerikanische Justiz, wenn Opfer gegen letztgenannte illegitime Maßnahmen rechtliche Schritte einzuleiten versuchen.

Die kommissarische Regierung Hawai'is setzte das IKRK über diese Tatsachen in Kenntnis und bat das Komitee formal darum, Hawai'i bei der Suche nach einem neutralen Drittstaat als „Protecting Power“ behilflich zu sein. Entsprechend der Genfer Konvention würde ein solcher „Schutzmachtstaat“ zwischen Hawai'i und den USA eine Vermittlerrolle einnehmen, um die Einhaltung der Genfer Konvention durch die Besatzungsmacht zu garantieren. Für den Fall, dass sich kein Staat bereiterklärt, diese Rolle zu spielen, ist das IKRK kraft seiner Satzung verpflichtet, selbst als „Protecting Power“ zu handeln.

Die Vertreter des IKRK zeigten sich erstaunt über die von Sai und seinem Kollegen vorgetragenen Tatsachen und gaben zu,

davon bislang keine Kenntnisse gehabt zu haben. Dies zeigt einmal mehr, wie erfolgreich die amerikanische Propaganda war, den politischen Status der Inseln ein ganzes Jahrhundert lang in der öffentlichen Wahrnehmung zu verschleiern. Es wurde versprochen, innerhalb von drei Monaten auf die Anfrage zu reagieren, wie es in der Satzung des IKRK vorgesehen ist. (Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Lorenz Gonschor, Honolulu. Quellen: Hawaiian Kingdom Blog <http://hawaiiankingdom.org/blog>; eigene Recherchen)

Proteste gegen geplantes Mega-Teleskop auf dem Mauna Kea

Pläne der Universität von Hawai'i, in Zusammenarbeit mit einem multinationalen Konsortium ein neues Teleskop auf dem Gipfel des 4.207 m hohen Mauna Kea auf der großen Insel von Hawai'i, des höchsten Berges aller pazifischen Inseln, zu bauen, stoßen auf heftige Proteste verschiedener hawaiischer Natur- und Denkmalschützer.

Aufgrund seiner vergleichsweise gut zugänglichen Höhenlage (einer der wenigen 4.000er-Gipfel, auf die eine asphaltierte Straße führt) und der abgeschiedenen Lage der hawaiischen Inseln (wodurch sich Luftverschmutzung und nächtliche Überbeleuchtung des Himmels minimieren) eignet sich der Mauna Kea ideal für die Sternenbeobachtung. Aus diesem Grund wurde die Gipfelregion, die hawaiisches Regierungsland ist, in den 1960er Jahren an die Universität von Hawaii verpachtet, die es wiederum an verschiedene multinationale Konzerne unterverpachtet hat, die dort Millionen von Dollar investiert haben, um Teleskope zu errichten. Insgesamt gibt es auf dem Berggipfel bereits zwölf Teleskope. Durch den Verkauf von Beobachtungszeiten an verschiedene astronomische Institute in aller Welt haben sich die Investitionen bereits zigmal amortisiert, was den Bau weiterer Teleskope für Investoren höchst lukrativ macht.

Seit mehreren Jahren plant nun ein internationales Konsortium den Bau eines neuen Teleskops mit gigantischen Ausmaßen. Während die bisherigen zwölf Teleskope nur wenige Meter Durchmesser haben und in Gebäudestrukturen von etwa 15 bis 20 m Höhe untergebracht sind, soll das neue Teleskop einen Durchmesser von 30 Metern haben, was eine Gebäudehöhe von über 50 m erfordert. Das Teleskop, dessen Baukosten auf mehr als eine Milliarde Dollar veranschlagt werden, würde damit die auf der Insel Hawai'i geltende maximale Gebäudehöhe um ein vielfaches überschritten.

Als Verkörperung (*Kino lau*) des Himmelsgottes Wākea ist der Mauna Kea den Hawaiiern heilig. In früheren Zeiten durften nur ausgewählte Experten auf den Gipfel, um dort religiöse Zeremonien zu verrichten sowie um aus dem dort besonders harten Basaltgestein Beilklingen herzustellen. Bereits die vorhandenen Teleskope mittlerer Größe sowie die dafür errichtete Infrastruktur stellen daher für viele Hawaiier eine Entweihung des heiligen Ortes dar. Auch ist die bei klarem Wetter bis zur Küste sichtbare Silhouette des Berges durch die zwölf „Pickel“ bereits deutlich verunstaltet worden. Hinzu kommt, dass die Gipfelregion ein sehr fragiles Ökosystem ist, das mehrere vom Aussterben bedrohte Tier- und Pflanzenarten beherbergt und daher unter Naturschutz steht. Das neue Mega-Teleskop würde somit nicht nur den heiligen Charakter des Berges weiter beeinträchtigen, sondern die dafür nötigen massiven Bauarbeiten würden auch das Ökosystem der Gipfelregion mehr denn je in Mitleidenschaft ziehen. Außerdem ist der wirtschaftliche Nutzen des Teleskops (ebenso wie der bereits bestehenden) für Hawai'i gering. Außer der zeitlich begrenzten Schaffung einiger Arbeitsplätze im Baugewerbe springt für die Einheimischen wenig dabei heraus, da an den Teleskopen die multinationalen Investoren verdienen und nicht die

hawaiische Regierung, auf deren Land sie stehen.

Vor diesem Hintergrund formierte sich seit Bekanntwerden der Pläne des neuen Teleskops sowohl vor Ort auf der Insel Hawai'i als auch unter einheimischen Studenten der Universität von Hawai'i Widerstand gegen das Projekt. Davon ließen sich allerdings weder das Ministerium für Land und Naturressourcen der Bundesstaatsregierung, noch der Senat der Universität von Hawai'i beeindrucken, die beide die Pacht bzw. Subpacht des Landes für den Teleskopbau genehmigten. Zur Zeit ist noch eine gerichtliche Unterlassungsklage anhängig, in der gefordert wird, das Projekt solange auf Eis zu legen, bis eindeutig belegt ist, dass der Teleskopbau keine nachteiligen Auswirkungen auf die Umwelt hat, da er in einem ausgewiesenen Naturschutzgebiet stattfinden soll. Erfahrungen mit ähnlichen Projekten in der Vergangenheit haben allerdings gezeigt, dass Natur- und Denkmalschutzgesetze in Hawai'i stets durch irgendwelche geschickt interpretierten Gesetzeslücken oder Sondergenehmigungen ausgehebelt werden, wenn eine finanzkräftige Lobby hinter einem entsprechenden Projekt steht. (Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Lorenz Gonschor, Honolulu. Quellen: Honolulu Star-Advertiser, The Hawaii Independent, Eigene Recherchen)

Plastiktüten-Verbot

Die vier (von 5) bewohnten Bezirke des amerikanischen Bundesstaates Hawai'i haben Anfang des Jahres ein Verbot über die Ausgabe von Plastiktüten in Supermärkten, Drogeriemärkten, Bekleidungsgeschäften und Restaurants erlassen. Ausgenommen von der Regelung sind nur lose Produkte wie Nüsse, frisches Obst und Fisch. Käufer können entweder ihre eigenen Einkaufstaschen mit der gekauften Ware befüllen lassen oder sich diese in Papiertüten einwickeln lassen.

Auf Big Island, wo seit Januar 2013 bereits ein geringes Entgelt pro Plastiktüte anfiel, trat das Verbot am 17. Januar 2014 in Kraft, auf den Inseln Kauai und Maui kurz darauf. Die am dichtesten bevölkerte Insel Oahu will das Verbot zum 1. Januar 2015 einführen. (Huffington Post 01.02.14, <http://www.hawaiizerowaste.org/reuse/plastic-bag-reduction-ordinance/#.UwX9YxBcl6g>)

AOTEAROA (NEUSEELAND)

Kathedrale wird abgerissen

Die Kathedrale in der neuseeländischen Stadt Christchurch wird endgültig abgerissen. So lautet das Urteil des obersten Gerichtes, das damit die Entscheidungen der unteren Instanzen bestätigte und einen Schlussstrich unter die jahrelangen Auseinandersetzungen um Erhalt oder Abriss des Nationalsymbols der so genannten „Garden City“ zog. Der Richter erkannte die Schwierigkeiten bei der Entscheidung an. So sei die anglikanische Kathedrale von Christchurch nicht nur bedeutsam für die Geschichte Neuseelands, sondern auch ein Aushängeschild der Stadt und ein Touristenmagnet.

Die Kirchenverwaltung, der *Church Property Trust*, zeigte sich zufrieden mit der Entscheidung. Man habe sich bereits früher aus Kostengründen gegen einen Wiederaufbau und eine hölzernerne Version der Kirche entschieden. Die Verwaltung stellte bereits drei mögliche Designs für einen Kirchenneubau am gleichen Ort vor.

Info: Das Wahrzeichen von Christchurch war durch die Erdbeben im Jahr 2011 schwer zerstört worden. Bei dem Erdbeben vom 22. Februar 2011 wurde der Kirchturm der Kathedrale bis zur Hälfte zerstört. Bei einem Nachbeben im Juni zersplitterte das berühmte „Rose Window“ vollständig. Ein weiteres Nachbeben im Dezember 2011 sorgte für weitere schwere Schäden an der Kir-

che. (Newsletter 360 Grad Neuseeland Dezember 2013, Wikipedia)

Diverse Jubiläen

Seit 1983 betreut die *New Zealand German Business Association* (NZGBA) die deutsch-neuseeländischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen. Ende des letzten Jahres wurde dieser langjährigen Partnerschaft sowohl in der deutschen Botschaft in Wellington als auch im Auswärtigen Amt in Berlin gedacht.

Als die NZGBA als deutsche Außenhandelskammer der Industrie- und Handelskammer gegründet wurde, gab es gerade einmal 25 deutsche Unternehmen in Neuseeland. Heute sind 100 deutsche Firmen in Neuseeland registriert, sie beschäftigen insgesamt zwischen 8.000 und 10.000 Menschen. Weitere 300 deutsche Markenprodukte werden durch neuseeländische Importfirmen angeboten. Die NZGBA hat über 6.000 Firmenkontakte in ihrer Datenbank verzeichnet.

Der Aufgabenbereich der NZGBA hat sich stark erweitert. So vermittelt sie inzwischen auch Praktikplätze für die jährlich rund 9.000 deutschen Jugendlichen, die mit einem „Working Holiday“-Visum nach Neuseeland reisen. Sie vermittelt ebenfalls auf Anfrage Kontakte zu neuseeländischen Geschäftspartnern und erstellt Marktanalysen.

Ebenfalls 2013 jährte sich zum 60. Mal die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Neuseeland und Deutschland.

(<http://www.germantrade.co.nz/>, Newsletter of the German Embassy in Wellington 19.12.13, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Neuseeland/Bilateral_node.html)

Muttermilchbank eingerrichtet

In Christchurch ist Mitte Februar die neuseelandweit einzige Muttermilchbank eröffnet worden. Sie wurde auf der Intensivstation für

Frühchen im städtischen Krankenhaus von Christchurch in Betrieb genommen. Stillende Mütter können dort Muttermilch abgeben. Diese wird nach der Pasteurisierung an besonders kranke Frühgeborene verfüttert. Die leitende Kinderärztin der Station, Dr. Maggie Meeks, erklärte, zunächst solle die gespendete Milch besonders kränklichen Babys zu gute kommen.

Info: Bis in die 1970er Jahre waren Frauenmilchbanken für Neugeborene in Kinderkliniken in den Industrieländern weit verbreitet. Im Zusammenhang mit der Aids-Epidemie und dem Wissen um die Möglichkeit der Übertragung des HI-Virus über Muttermilch wurde der Betrieb von Frauenmilchbanken flächendeckend auch in Europa eingestellt – mit Ausnahme einiger Kliniken in der ehemaligen DDR. Erst in jüngster Zeit ist in Europa wieder ein Trend zur Gewinnung von humaner Spendermilch für schwerkranke Frühgeborene zu verzeichnen, nachdem Maßnahmen deren infektiologische Sicherheit weitestgehend garantieren können. Derzeit gibt es deutschlandweit elf Frauenmilchbanken: zehn im Osten des Landes, eine in der Uniklinik in München.

(Flash d'Océanie 12.02.14,
<https://www.klinikum.uni-muenchen.de/>)

INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR-LESTE

Anhörung im EU-Parlament

Brüssel: Am 23. Januar 2014 fand im Europäischen Parlament in Brüssel (Belgien) eine Anhörung des *Unterausschusses für Menschenrechte* zur Situation in Westpapua statt. Während der rund einstündigen Sitzung gab der Vorsitzende der Anhörung einen Überblick über die zahlreichen Menschenrechtsberichte, die die Mitglieder des Unterausschusses im Vorfeld der Anhörung von vielen internationalen

und lokalen Menschenrechtsorganisationen bekommen hatten. Victor Mambor, Redakteur von der *Allianz Unabhängiger Journalisten* (AJI) in Jayapura, listete Fälle von Bedrohungen und Gewalt gegenüber Journalisten in Papua auf und forderte von der Europäischen Union, sich verstärkt für die Presse- und Medienfreiheit in Papua einzusetzen.

Norman Voss von der *Internationalen Koalition für Papua* (ICP) und dem *West Papua Netzwerk* aus Wuppertal forderte die Freilassung aller politischer Gefangenen in Papua.

Zely Ariane von der *National Papua Solidarity* (NAPAS) in Jakarta sagte, dass die indonesische Regierung zugeben müsse, dass die Menschenrechtssituation in Papua ernst sei und rief die EU dazu auf, Druck auf die indonesische Regierung auszuüben, damit diese den friedlichen Dialog mit Papua weiterführt. (Pressemitteilung ICP 23.01.14)

Neuer Bericht zu EU-Indonesien-Abkommen

Brüssel: Am 26. Februar stimmte das Europäische Parlament über einen aktuellen Bericht zum *Abkommen zu Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union (EU) und Indonesien* ab. Der vom Parlament verabschiedete Bericht zum „Framework Agreement on Comprehensive Partnership and Cooperation“ mahnt die Geschichte der Gewalt in Westpapua an und unterstützt die Äußerungen von Papua-Gouverneur Enembe zu einer Öffnung Papuas für Journalisten und Vertreter ausländischer Nichtregierungsorganisationen.

In dem dreizehnseitigen Bericht von Ana Gomez wird die EU aufgefordert, sich ähnlich wie in Aceh für Frieden und Stabilität in Westpapua einzusetzen. Der indonesischen Regierung wird angeraten, Beobachtern der EU wieder die Einreise zu gewähren. Desgleichen weist der Bericht eindringlich auf die Bedeutung

von Westpapua hin. Die dort vorhandenen Bodenschätze müssten umweltfreundlich abgebaut werden, die kulturelle Vielfalt der Papua-Völker gelte es zu bewahren und die Bedingungen im Bildungs- und Gesundheitssektor und auf dem Arbeitsmarkt gehörten für indigene Papua verbessert.

(<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A7-2014-0093+0+DOC+PDF+V0//EN>)

Proteste gegen MSG-Reise

Westpapua: Im Januar fand eine Reise von hochrangigen Regierungsmitgliedern der *Melanesian Spearhead Group* (MSG) nach Westpapua statt. Zur MSG gehören folgende melanesische Staaten: Fidschi, Papua-Neuguinea, die Salomonen, Vanuatu und die Unabhängigkeitspartei FLNKS aus Kanaky-Neukaledonien. Als ursprünglicher Grund für die Besuchsreise der MSG-Außenminister wurde die Beobachtung der Menschenrechtssituation in Westpapua benannt. Nach Angaben von Mitarbeitenden papuanischer Nichtregierungsorganisationen wurde jedoch auf die Menschenrechtssituation bei der Reise durch die indonesische Provinz gar nicht eingegangen. Die indonesische Regierung verbat es zivilgesellschaftlichen Organisationen, Treffen mit Mitgliedern der MSG-Delegation abzuhalten und organisierte eine Reise, bei der fast ausschließlich Prestigeprojekte im Bereich Infrastruktur und Industrie gezeigt wurden.

Aus Protest zu diesem einseitigen Besuchsprogramm hatte die Delegation von Vanuatu kurzfristig ihre Teilnahme abgesagt. Man habe, so der vanuatische Außenminister Edward Natapei, erst einen Tag vor Abflug das genaue Besuchsprogramm zugeschickt bekommen und festgestellt, dass im engen Zeitplan kein Raum für Treffen mit Vertretern von Menschenrechts- und Umweltgruppen, der Kirchen, der traditionellen Stammesvertreter und der

Frauengruppen vorgesehen sei. Eine reine „Werbereise“ für die indonesische Regierung lehne seine Regierung ab, machte Natapei daraufhin deutlich.

Anlässlich des Besuchs der MSG-Vertreter fanden in Jayapura, der Hauptstadt der Provinz West Papua, Protestkundgebungen statt, bei denen von Gewaltanwendung und der Vertreibung und Verhaftung friedlicher Demonstranten berichtet wurde. Die Demonstranten begrüßten die Absage Vanuatus ausdrücklich und kritisierten die anderen Staaten für ihre Teilnahme. Nach Angaben der *West Papua Liberation Front* wurden im Vorfeld der Demonstration bereits 47 Menschen von der indonesischen Polizei verhaftet. Es handelte sich um Vertreter des Ältestenrates der Papua, *Dewan Adat Papua*, die sich mit den MSG-Ministern treffen wollten und auf die Menschenrechtssituation hinweisen wollten. Auch Studentenfürher Markus Haluk entrüstete sich über das von der indonesischen Polizei verhängte Versammlungsverbot. Die Studenten hätten Blumengirlanden und Plakate mit „Herzlich Willkommen MSG“-Sprüchen vorbereitet, doch die Polizei habe niemanden in die Nähe der pazifischen Minister gelassen.

Die Zivilgesellschaft in Westpapua zeigte sich im Nachhinein enttäuscht von der MSG-Reise. Nachdem der Besuch der Außenminister von eigentlich zwei Tagen auf nur einen halben Tag in der Provinzhauptstadt Jayapura verkürzt worden war, hatte die MSG bei dem Treffen mit dem indonesischen Staatspräsidenten Susilo Bambang Yudhoyono eine offizielle Erklärung abgegeben, in der es hieß, man respektiere die innere Selbstverwaltung Indonesiens und werde sich nicht in deren Politik einmischen: „*We respect Indonesian's sovereignty, unity and territorial integrity as well as the non-intervention principle into a country's domestic affairs as stated in the United Nation's Charter.*“

Die Außenminister der Salomonen (Soalaoi Clay Forau), von Fidschi (Ratu Inoke Kubuabola) und von Papua-Neuguinea (Rimbink Pato) sagten gegenüber Yudhoyono weiter, sie wünschten sich engere Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den MSG-Staaten und Indonesien und hofften auch auf Aufbau- und Entwicklungshilfe durch den Anrainerstaat. (*ABC 16.01.14, The Guardian 20.01.14, Scoop News 10.02.14, Radio NZ. Intern. 13.01.14, Westpapua Netzwerk 28.02.14, <http://www.thejakartaglobe.com/news/melanesian-foreign-ministers-visit-papua/>*)

74 politische Gefangene

Westpapua: Ende Januar 2014 waren mindestens 74 politische Gefangene in Gefängnissen in Westpapua inhaftiert. Bei Kundgebungen werden weiterhin friedliche Demonstranten mit Gewalt vertrieben und willkürlich verhaftet.

Papuans Behind Bars, eine Organisation, die sich um die Belange politischer Gefangener in papuanischen Gefängnissen kümmert, berichtet, dass Menschenrechtsanwälte, die politische Gefangene vertreten wollen, oft von den Sicherheitskräften mit der Begründung weggeschickt werden, die Gefangenen hätten bereits Rechtsbeistand. Dies ist oft nicht der Fall und führt dazu, dass Angeklagte in Gerichtsprozessen nicht oder nur schlecht juristisch vorbereitet und vertreten sind. (*E-Info West Papua Netzwerk 28.02.14, <http://www.papuansbehindbars.org>*)

AUSTRALIEN

Aufstand im Flüchtlingslager

Ein Toter, 77 Verletzte und 35 Ausbrüche - das ist das Ergebnis eines Aufstands in dem australischen Flüchtlingslager auf der zu

Papua-Neuguinea gehörenden Insel Manus. Nach wochenlangen friedlichen Protesten gegen die Bedingungen in dem Auffanglager war die Situation in Gewalt umgeschlagen. Die Lage war eskaliert, als die Lagerinsassen Mitte Februar die Nachricht von den australischen Behörden erhielten, dass sie kein Bleiberecht für Australien bekommen. Der daraufhin unternommene Ausbruchversuch der Lagerinsassen mit dem Niederreißen des Lagerzauns wurde mit Gewalt von der von Australien mit der Bewachung des Lagers beauftragten Sicherheitsfirma G4S niedergeschlagen. Die zunächst aus dem Lager geflohenen 35 Menschen wurden von den Sicherheitskräften aufgetan und erneut inhaftiert. Dabei kam der 23-jährige Iraner Rezat Barati durch schwere Kopfverletzungen ums Leben, sein Leichnam wurde inzwischen in den Iran überführt. 77 Personen wurden zum Teil schwer verletzt, acht Personen wurden zur weiteren Behandlung in australische Krankenhäuser ausgeflogen.

An der Niederschlagung des Aufstands waren neben den mit der Lagerorganisation beauftragten G4S-Kräften auch Mitarbeiter der neuguineischen Polizei beteiligt. Die Polizei verneinte die Anklage, man habe scharf auf die Lagerinsassen geschossen und gab der Firma G4S die Schuld an dem Toden und den Verletzten. Innerhalb des Lagers hat die G4S die Aufsicht über die Insassen, das Gebiet außerhalb der Lagergrenzen fällt unter den Hoheitsbereich der neuguineischen Polizei.

Derzeit leben in dem Lager auf Manus 1.300 Männer, viele davon aus Syrien, Afghanistan, dem Iran und Irak. 55 der Inhaftierten konnten bisher erfolgreich einen Asylantrag stellen. Die bei der illegalen Einreise über den Seeweg erwischten Flüchtlinge wurden im Rahmen der *Pacific Solution* bis zu dem Entscheid über ihren Status auf die Insel Manus verbracht. Das dortige Flüchtlingslager, das ab dem Jahr 2001 bestand, aber

zwischenzeitlich ab 2004 geschlossen war, war im Oktober 2012 wieder eröffnet worden, um Flüchtlinge zu beherbergen. Menschenrechtsorganisationen wie *Amnesty International* hatten schon Ende vergangenen Jahres nach einer offiziellen Visitation die - vor allem hygienischen - Zustände in den Lagern auf Nauru und Manus beklagt. Die Insassen dort müssen bei tropischer Feuchte zum Teil stundenlang in der prallen Sonne anstehen, um Essen und Trinkwasser zu bekommen. Sie leben zu zwölft in kleinen Zelten und können das mit acht Meter hohen Zäunen umgebene Lager nicht verlassen.

Nach dem Aufstand im Lager auf Manus hatte die australische Partei *The Greens* gemeinsam mit Organisationen der Zivilgesellschaft zu landesweiten Mahnwachen und Gedenkaktionen aufgerufen. Am Wochenende des 21. und 22. Februar fanden in allen großen Städten Demonstrationen gegen die inhumane Flüchtlingspolitik der australischen Regierung statt. Die Demonstranten forderten u.a. die sofortige Absetzung des Einwanderungsministers Scott Morrison. Die *Grünen* verlangten die baldige Schließung des Camps und bezeichneten es als „Gulag“. (*BBC* 18.02.14, <http://sarah-hanson-young.greensmps.org.au/>, *Flash d'Océanie* 19.02.14, *The Guardian* 19.02.14)

Gericht annulliert homosexuelle Ehen

Der Oberste Gerichtshof Australiens hat am 12. Dezember letzten Jahres einen Behördenbeschluss zur Eheschließung homosexueller Paare in der Region Canberra gekippt. Das regionale Parlament des Bundesstaates *Australian Capital Territory* hatte am 22. Oktober 2013 beschlossen, dass Schwule und Lesben dort offiziell heiraten können. Das neue Gesetz namens *Marriage Equality Act* sah vor, dass gleichgeschlechtliche Ehen auch von Paaren geschlossen werden können, die aus anderen Teilen Australiens

ans anreisen.

Der im September gewählte konservative Ministerpräsident des Landes, Tony Abbott, wollte diese Vorschrift zu Fall bringen. Nationale Gesetze stünden über denen der Bundesstaaten, und diese duldeten keine gleichgeschlechtlichen Ehen, hatte er argumentiert.

Das von der Provinz Canberra erlassene Gesetz könne nicht neben dem Bundesrecht stehen, begründeten die Richter am Obersten Gerichtshof ihre Entscheidung. Es sei Sache des australischen Bundesparlaments, über eine mögliche Zulassung von so genannten „Homo-Ehen“ zu entscheiden. Damit werden alle im Zeitraum vom 22. Oktober bis zum 12. Dezember geschlossenen 27 Ehen im Nachhinein für ungültig erklärt.

Info: Gleichgeschlechtliche Paare können in den meisten australischen Bundesstaaten eine registrierte Partnerschaft eingehen. Diese wird jedoch von den Bundesbehörden juristisch nicht als Ehe angesehen. (*Flash d'Océanie* 12.12.13, *Die Zeit* 12.12.13, *Wikipedia*)

TGV für Ostküste?

Ende letzten Jahres hat die im September neu gewählte konservative Regierung Australiens unter Ministerpräsident Tony Abbot angekündigt, die seit 2010 bestehenden Pläne zum Bau einer Hochgeschwindigkeitstrasse zwischen Brisbane und Melbourne wieder aufzunehmen. Vize-Premierminister und Verkehrsminister Warren Truss sagte im Rahmen einer Pressekonferenz, als erstes würden Gespräche mit den Regionalparlamenten in den vier betreffenden Bundesstaaten geführt. Die Bahnstrecke soll zwischen den großen Städten an der Ostküste verlaufen und über die Distanz von 1.748 Kilometern die Städte Brisbane (Queensland), Sydney (New South Wales), die Hauptstadt Canberra (Australian Capital Territory) und Melbourne

(Victoria) miteinander verbinden. Das 114 Milliarden AUS-Dollar (ca. 91,6 Mrd. Euro) teure Großprojekt könnte nach bisherigen Planungen 2065 fertiggestellt werden. Verkehrsminister Truss erklärte, mit den Hochgeschwindigkeitszügen (TGV, *Train à grande vitesse*) könne die Fahrzeit zwischen Sydney und Melbourne von derzeit drei Stunden auf etwas über eine Stunde verkürzt werden. Für die Fahrt von Sydney nach Brisbane würde man dann nur noch etwa drei Stunden benötigen.

Eine bereits durchgeführte Studie habe ergeben, dass jährlich 84 Millionen Passagiere die Züge nützen würden, die meisten davon Berufspendler, die im veralteten Bahnnetz der australischen Eisenbahn heute lange und weite Fahrten auf sich nehmen müssen. Zurzeit benötigen die Züge für 100 Kilometer nahezu eine Stunde, erklärte der Minister. Die Hochgeschwindigkeitszüge könnten dann zwischen 320 und maximal 350 Kilometer pro Stunde zurücklegen. Allerdings, so gab Truss zu bedenken, böte Australien auch ganz andere landschaftliche und klimatische Bedingungen als etwa Japan oder Europa, wo Hochgeschwindigkeitszüge seit Jahren mit Erfolg eingesetzt werden.

(http://www.infrastructure.gov.au/rail/trains/high_speed/index.aspx, *Flash d'Océanie* 02.12.13, <http://www.minister.infrastructure.gov.au/>)

Unterstützung für Pazifikstaaten

Eine hochrangige Regierungsdelegation unter Leitung der australischen Außenministerin Julie Bishop hat bei Besuchen auf den Salomonen, Vanuatu und Nauru den jeweiligen Staaten finanzielle Unterstützung zugesagt. Über einen Zeitraum von fünf Jahren wird Australien rund 250 Projekte mit 15 Millionen AUS-\$ unterstützen. Auf den Salomonen fließen z.B. fünf Millionen \$ in Präventionsprogramme gegen Gewalt gegen Frauen und Kinder und eine weitere halbe Million in den

Ausbau der *Royal Solomon Islands Police*.

Mit 500.000 \$ wird Australien auch die Existenzgründung von Frauen unterstützen.

Bishop erklärte am Rande ihres Besuches in der salomonischen Hauptstadt Honiara, dass die Salomonen, Vanuatu und Nauru nicht nur geographische Nachbarn von Australien seien, sondern dass man sich auch emotional eng miteinander verbunden fühle.

Rund 20 % des staatlichen australischen Entwicklungshilfebudgets fließt in den Pazifik, erklärte Julie Bishop bei ihrem ersten Besuch in Melanesien in ihrer Funktion als Außenministerin. Damit bleibt Australien trotz diesjähriger Haushaltskürzungen der größte Geberstaat in der Region Ozeanien. Für das Jahr 2014 hat Australien 882,2 Millionen AUS-\$ Entwicklungshilfe für die Pazifikstaaten budgetiert. Das sind deutlich weniger als noch im Vorjahr, wo Australien die Staaten mit 943,7 Millionen \$ unterstützte. (*Marshall Islands Journal* 14.02.14, *Radio Australia* 17.12.13, <http://aid.dfat.gov.au/Pages/home.aspx>)

Rückzug der Autobauer

Die Auto-Branche kehrt Australien als Produktionsstandort endgültig den Rücken. Die hohen Kosten und die starke Landeswährung haben nun auch Toyota dazu bewogen, die Fertigung Ende 2017 einzustellen. Damit folgt der japanische Weltmarktführer General Motors (GM) und Ford.

Toyota hatte Mitte Februar mitgeteilt, dass sich trotz vieler Bemühungen die Produktion nicht mehr rechnen. Einer der Gründe für die Schließung des Werkes sei der hohe Dollarkurs. Rund 2.500 Arbeitsplätze sind direkt von der Schließung der Produktion in Altona/Melbourne (Bundesstaat Victoria) betroffen, zudem zahlreiche weitere Stellen bei Zulieferern des japanischen Automobilherstellers. Toyota hatte vor mehr als einem halben Jahrhundert mit

der Produktion in Australien begonnen und sich in den letzten Jahren hier vor allem auf die Produktion des *Yaris* sowie der Hybrid-betriebenen Wagen spezialisiert.

Die Toyota-Entscheidung ist auch eine Niederlage für die konservative Regierung von Ministerpräsident Tony Abbott. Vor allem die Gewerkschaften kritisieren, dass zu wenig getan worden sei, um den Autobauer im Land zu halten. Abbott sprach von einer verheerenden Nachricht. Die Wirtschaft des Landes ist bereits vom abflauenden Boom in der Bergbau-Branche belastet.

Die Opel-Mutter General Motors hatte bereits im Dezember 2013 bekanntgegeben, Ende 2017 ihre Fabriken zu schließen und dies mit hohen Produktionskosten sowie dem harten Wettbewerb begründet. GM hatte unter dem Namen „Holden“ seit 65 Jahren Autos in Australien produzieren lassen.

Im Mai vergangenen Jahres hatte auch die Firma Ford aus ähnlichen Motiven den Rückzug für Ende 2016 angekündigt und vor allem die hohen Produktionskosten bemängelt.

Info: Vor einigen Jahren verfügte der fünfte Kontinent noch über eine lebendige Auto-Industrie. Während 2004 noch mehr als 400.000 Wagen im Land hergestellt wurden, verließen 2012 nur noch wenig mehr als 200.000 die Bänder. Statt in Australien - einem Land mit 23 Millionen Einwohnern - produzieren nun viele Anbieter beispielsweise in Indonesien, wo niedrigere Kosten und eine wachsende Mittelschicht locken.

In Australien wurden vergangenes Jahr nach Angaben des Automobilverbandes 1,14 Millionen Wagen abgesetzt - so viel wie noch nie zuvor. Aber nur jeder Zehnte davon wurde im Land selbst hergestellt. Toyota ist dabei die Nummer eins auf dem Kontinent mit einem Marktanteil von rund 20 Prozent. In der aust-

ralischen Auto-Industrie sind nach Regierungsangaben 45.000 Menschen beschäftigt. (*Flash d'Océanie* 10.01.14, <http://www.autobild.de/artikel/toyota-in-australien-4565634.html>)

Samenbank für Korallen

Ein Team von Wissenschaftlern des *Smithsonian Institute*, der *Taronga Conservation Society* (Sydney) und des *Australian Institute of Marine Science* (AIMS) hat den Aufbau einer Samenbank für Korallen aus dem Great Barrier Reef abgeschlossen. Dazu hatten die Wissenschaftler unter Leitung von Dr. Rebecca Spindler aus dem Zoo in Taronga in den letzten beiden Jahren zur Hauptblütezeit der Korallen Proben aus dem Riff vor der Küste von Townsville (Queensland) entnommen und diese bei minus 196 Grad eingefroren.

Die Samenbank befindet sich im Zoo Taronga Western Plains in der Stadt Dubbo im Bundesstaat New South Wales. Sie ist die größte ihrer Art weltweit.

Angesichts der Folgen des globalen Klimawandels für das unter Naturschutz stehende größte Korallenriff der Welt versprechen sich die Wissenschaftler von den eingefrorenen Proben die Möglichkeit zur Nachzüchtung von derzeit lebenden Korallen für den Fall, dass diese in naher Zukunft aussterben sollten. Bereits in den letzten 30 Jahren ist nach Angaben der Wissenschaftler die Hälfte der Korallen des 345.000 Quadratkilometer großen Riffes ausgestorben. Mit der Samenbank wolle man die verbliebenen Korallenarten für die zukünftigen Generationen bewahren, erklärte Dr. Spindler. Theoretisch können die Korallensamen über tausende von Jahren eingefroren bleiben. (<http://www.practicalfishkeeping.co.uk/content.php?sid=5485>, *ABC News* 02.12.13, *Flash d'Océanie* 03.12.13)

SPORT

Rugby-Spieler des Jahres

Der Kapitän der tongaischen Rugby-Nationalmannschaft *'Ikale Tahi*, der 31-jährige Nili Latu, ist von der *Pacific Islanders Players Association* (PIPA) zum Sportler des Jahres 2013 gewählt worden. Latu erhielt eine unbekannte Summe Geldes von dem Hauptsponsor der PIPA, dem Telekommunikationsanbieter *Digicel*. Die für den Pazifik zuständige Digicel-Vertreterin Katie Taylor überreichte den „Digicel Pacific Islands Players Player of the Year Award“ an den Tongaer. Nili Latu erhielt für seinen Einsatz in der tongaischen Mannschaft zudem einen Preis als „Tongan Player of the Year“. Zum samoanischen Spieler des Jahres 2013 wurde Jack Lam ernannt, zum fidschianischen Spieler des Jahres Akapusi Qera. Alle drei Geehrten erhielten eine eigens dekorierte Kava-Schale.

Info: Die *Pacific Islands Players Association* (PIPA) ist eine Interessensgemeinschaft von Rugbyspielern in den Nationalmannschaften von Samoa, Fidschi und Tonga. Sie engagiert sich in der Förderung von sportlichen Talenten, ermöglicht den Austausch zwischen den drei Nationalmannschaften und fördert das Miteinander in den jeweiligen Teams. Die PIPA ist Mitglied im Weltverband der Rugbyspieler, der *International Players Association*.

(*Matangi Tonga* 12.02.14,
<http://www.pacificislandpa.com/>)

Tonga feiert Olympioniken

Tonga: Der tongaische Rennrodler Fuahea Semi alias Bruno Banani hat als erster pazifischer Sportler an Olympischen Winterspielen teilgenommen und bei dem Rodel-Wettbewerb im russischen Sotschi den 32. Platz (von 39 Startern) erreicht. Banani war 6,150 Sekunden langsamer als

der deutsche Goldmedaillengewinner Felix Loch. Damit blieb der Wintersportler unter dem von ihm angepeilten Ziel einer Platzierung unter den ersten 30 Rodlern. Nichtsdestotrotz wurde der 26-jährige ehemalige Informatikstudent in seiner Heimat Tonga frenetisch begrüßt. Banani sagte, die Atmosphäre in Sotschi sei ein einmaliges Erlebnis für ihn gewesen und er sei stolz, dort als einziger Wintersportler sein Heimatland und den gesamten Pazifik vertreten zu haben.

Seit Juni letzten Jahres hatte sich Banani mit Teilen der deutschen Nationalmannschaft an deren Stützpunkt in Oberwiesenthal auf die Teilnahme an der Winterolympiade vorbereitet. Auch nach der Aufdeckung des Skandals um den von einer deutschen Marketingagentur erfundenen und per Geburtsurkunde sogar verbrieften Namen „Bruno Banani“, wird der Tongaer weiter von dem Chemnitzer Unterwäschehersteller Bruno Banani gesponsert. Dass Banani eigentlich Fuahea Semi heißt, spiele keine Rolle, so ein Sprecher des Unternehmens. Man werde den Sportler weiter finanziell unterstützen und ihm Trainingsmöglichkeiten in Deutschland ermöglichen.

Das Internationale Olympische Komitee (IOC) war mehr als unzufrieden mit dem Start von Bruno Banani, denn die IOC-Statuten verbieten den Teilnehmern der Spiele das Zeigen eigener Sponsoren und das so genannte Ambush Marketing. *Ambush Marketing* ist die Vorgehensweise von Unternehmen, dem Publikum eines Sport-Events durch eigene Marketingmaßnahme eine autorisierte Verbindung zum Ereignis zu signalisieren, obwohl das Unternehmen keine legalisierten oder lediglich unterprivilegierte Vermarktungsrechte an dieser Veranstaltung besitzt. Auf diese Weise wollen Ambusher analog offiziellen Sponsoren über eine Assoziation mit dem Event in der Wahrnehmung der Rezipienten Marken und Produkte bewerben und verkaufen.

Gegen *Bruno Banani* war selbst das IOC machtlos, da die Geburtsurkunde des Tongaers offiziell geändert wurde. Sein Name tauchte in allen Starter- und Wertungslisten auf und erinnerte so kontinuierlich an den deutschen Unterwäschehersteller. Banani selber äußerte sich zur Diskussion um seinen Namen lapidar mit dem Hinweis, dass es ihm egal sei, unter welchem Namen er rodele. Hauptsache, er sei überhaupt bei den Winterspielen dabei. (*Der Spiegel* 08.02.14, *Focus Online* 11.02.14, *Wikipedia*, *Radio Australia* 24.02.14)

„TOK BILONG PASIFIK“

„Maketi Ples“ in Sydney

Australien: Bereits zum dritten Mal veranstaltete die *Pacific Islands Trade & Invest* einen Künstlermarkt, den so genannten „Maketi Ples“, in diesem Jahr erstmals in der Shapiro Gallery in Sydney. „Maketi“ ist Samoanisch und bedeutet „Markt“, „Ples“ kommt aus dem neuguineischen Tok Pisin und heißt „Platz“.

Der diesjährige *Maketi Ples* fand vom 6. bis zum 16. Februar statt. Die zweiwöchige Veranstaltung bietet Künstlern aus dem Pazifik die Möglichkeit, ihre Objekte in einem professionellen Kontext auszustellen. Die diesjährigen teilnehmenden Künstlerinnen und Künstler kamen aus den Cook-Inseln, Fidschi, Papua-Neuguinea, Samoa, den Salomonen, Tonga und den Marshall-Inseln.

Einige der Ausstellungsstücke haben bereits international für Aufsehen gesorgt, so z.B. das von dem tongaischen Bekleidungskünstler Sione Maileseni kreierte Kleid aus Kokosnusschnüren und Muscheln mit dem Namen „GoGo Gaga“. Dieses Kleid trug die Miss Papua New Guinea im vergangenen Jahr im Schönheitswettbewerb um den

gesamtpazifischen Titel der „Miss South Pacific“.

Die für ihre Bilum-Knüpfarbeiten berühmte Niugini Florence Kamel stellt zum wiederholten Mal in Australien aus. Auch die Familienmitglieder des bereits verstorbenen Malers Matthias Kauage, Chris und Anna Kauage, sind mit den für Kauage so typischen vielfarbigen, großformatigen Bildern mit dabei.

Doch der *Maketi Ples* soll auch unbekannteren Künstlern die Möglichkeit geben, ihre Produkte auszustellen. So nutzen vor allem die Frauen der „Goroka Bilum Weavers Association“ aus Papua-Neuguinea alljährlich die Chance, auf die für das Hochland typischen Knüpf- und Flechttechniken aufmerksam zu machen.

Erstmals dabei sind 2014 die rund 100 Mitglieder des „Omie Artists Collective“, einer Vereinigung von Malern aus 12 Dörfern in der abgelegenen Oro Provinz im Osten von Papua-Neuguinea. Die Omie sind bekannt für ihre Malereien auf Rindenbaststoffen (bark cloth), stellen jedoch auch Bilums (Netztaschen) her..

Erstmals dabei ist auch die Firma „Rako Designs“ aus Fidschi. Sie präsentiert Lampenschirme aus Rindenbaststoffen, die mit traditionellen fidschianischen Motiven bemalt sind.

Neben den ausgestellten Objekten haben Besucher des *Maketi Ples* auch die Gelegenheit, Künstler bei der Arbeit zu beobachten. So wird der samoanische Tätowierer Lalovai Peseta im Laufe der 14-tägigen Ausstellung mehrere Tattoos stechen.

(<http://www.maketiples.com/>, Radio Australia 06.02.14)

Grünen-Abgeordnete sammelt Spielzeug

Australien: Die Abgeordnete der Partei *The Greens*, Senatorin Sarah Hanson-Young (Jahrgang 1981), hat nach einem offiziellen

Besuch des Flüchtlingslagers auf Nauru eine Spielzeug-Sammelaktion für die inhaftierten Kinder des Flüchtlingscamps gestartet. Sie sei entsetzt gewesen über die Zustände in dem Lager. Die Kinder lebten auf Kiesboden in provisorischen Zelten, es gäbe keine Möglichkeit, sich außerhalb des Lagers zu bewegen und in freier Natur zu spielen. Deshalb sei sie auf die Idee mit dem Spielzeug verfallen. Die Betreibergesellschaft des Lagers habe den Import von australischem Spielzeug erlaubt.

Hanson-Young zeigte sich begeistert von der Spendenbereitschaft der Australier für ihre Aktion „Toys for Nauru“. So hätten nicht nur Erwachsene und Firmen gespendet, sondern auch sehr viele Kinder. In ihre Dankesrede ob der Spendenbereitschaft ließ Hanson-Young harsche Kritik an der australischen Flüchtlingspolitik miteinfließen. (*Radio Australia* 02.01.14, <http://sarah-hanson-young.greensmps.org.au/take-action>)

Schönheitswettbewerb entschieden

Salomonen: Teuira Napa von den Cook-Inseln, die amtierende „Miss Cook Islands“, hat bei den gesamtpazifischen Miss-Wahlen vom 1. bis zum 7. Dezember 2013 in Honiara (Salomonen) den Titel der „Miss South Pacific“ erungen. Napa setzte sich gegen neun Konkurrentinnen aus den anderen pazifischen Inselstaaten durch. Auf den zweiten Platz wurde die Miss Tonga gewählt, Platz drei erreichte Miss Samoa.

Der Miss-Wahl im Pacific Casino Hotel in Honiara war ein einwöchiges Kulturprogramm vorausgegangen. Die Teilnehmerinnen des Wettbewerbs besuchten u.a. Schulen und Krankenhäuser und besichtigten Dörfer auf der Insel Guadalcanal.

Premierminister Dordon Darcy Lilo zeigte sich begeistert, dass der Wettbewerb erstmals auf den Salomonen ausgetragen wurde. Bei der Krönung der Miss South Pa-

cific erklärte er, man habe sich bemüht, den Damen eine „*true Solomon Island experience*“ (Zitat) zu bieten. Lilo erhofft sich von der Durchführung des Wettbewerbs Zuwächse im Tourismus, vor allem im Veranstaltungstourismus. Man habe unter Beweis gestellt, dass die Salomonen in der Lage seien, eine derart hochkarätige Veranstaltung sicher über die Bühne zu bringen, sagte der Premier. (*Talamua* 08.12.13, *Radio Australia* 10.12.13)

Festival der Dokumentarfilme

Tahiti: Das 11. *Festival international du film documentaire océanien* (FIFO, Festival der Dokumentarfilme) fand vom 3. bis zum 9. Februar im „Maison de la Culture“ in Papeete/Tahiti statt. Die Jury unter Leitung von Luc Jacquet vergab den von *France Télévisions* gesponserten ersten Preis an den Film „Nickel, le trésor de Kanak“, eine 52-minütige Dokumentation aus dem Jahr 2013 über die neukaledonischen Nickelminen von Anne Pitoiset und Laurent Cibien.

Mit dem Spezialpreis der Jury wurde die 87-minütige Dokumentation „Nuclear Savage. The Islands of Secret Project 4.1“ des Amerikaners Adam Jonas Horowitz ausgezeichnet. In dem Film geht es um die amerikanischen Atombombentests auf den Marshall-Inseln und um die Tatsache, dass die Amerikaner die Bewohner der Inseln bewusst als Versuchskaninchen missbraucht haben. Der bereits mehrfach ausgezeichnete Film lief auf verschiedenen Festivals. [Anmerkung der Redaktion: „Nuclear Savage“ kann in der Pazifik-Informationsstelle gegen die Erstattung der Versandkosten ausgeliehen werden, www.pazifik-infostelle.org/]

Weitere Preise der Jury gewannen „La compagnie des Archipels“ von Jacques Navarro-Rovira und „Big Name No Blanket“ von Steven McGregor.

In der 52-minütigen Dokumentation „La compagnie des Archipels“ aus Französisch-Polynesien werden acht französische Polizisten porträtiert, die ihren Dienst auf dem Tuamotu-Archipel versehen und dort für Recht und Ordnung zuständig sind. Der Tuamotu-Archipel hat in etwa die Größe Europas.

Der knapp einstündige australische Film „Big name no blanket“ ist eine englischsprachige Dokumentation über die erste Aborigine-Rockband namens „Warumpi“.

Das Publikum vergab seinen Preis an „Ananahi, demain“ von Cécile Tessier Gendreau. Der 52-minütige französische Film porträtiert eine Gruppe von Reggae-Sängern von den Marquesas-Inseln.

Für den besten Kurzfilm „I'm going to mum's“ wurde Lauren Jackson geehrt.

Trailer der ausgezeichneten Filme finden sich auf der Internetplattform www.youtube.com.

(<http://www.fifo-tahiti.com/>, *Flash d'Océanie* 05.02.14)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

AUS PAPUA-NEUGUINEA

ALLGEMEIN

Weg mit Schnitzereien am Parlament

Die Entscheidung von Theo Zurenuc, Speaker of Parlament, die traditionellen Schnitzereien am Parlamentsgebäude in Port Moresby zu entfernen, wird von über 40 Kirchen unterstützt. Rev. Joseph Walters von den pentekostalen *Assemblies of God* betonte, die Entfernung der heidnischen Kunstwerke sei der Beginn einer positiven Veränderung im Land. „*Als christliches Land müssen wir zurückgehen zu Gottes*

Wort und herausfinden, was er uns angewiesen hat, auf unsere Türpfosten und Wände zu schreiben, sodass wir dies auch an unserem nationalen Haus tun können“, sagte er. „*Als christliches Land sollten wir keinesfalls Bilder und Schnitzereien unterstützen, die Teufel und Dämonen zeigen und für Unmoral, Neid, Götzendienst und Hexerei stehen. Stattdessen sollten wir Gott und sein heiliges Wort verkündigen, damit wir von ihm gesegnet werden*“, so Walter.

Scharfen Widerspruch erntete Zurenuc von Mark Ipuia, dem ehemaligen Abgeordneten, der die Kunstwerke 1980 für sieben Millionen Kina in Auftrag gegeben und bewilligt hatte. „*PNG hat 700 Sprachen und Kulturen, die diese Kunstwerke und Skulpturen repräsentieren. Sie sind nicht satanisch. Sie sind der Stolz unserer Leute*“, betonte er.

Die Diskussionen um die eigene Kultur, Christentum und nationale Identität werden schärfer. (*National* 31.12.13, 020.1.14, 08.01.14, 29.01.14)

ELC-PNG

29. Synode auf Karkar

Vom 12. bis zum 17. Januar tagte die 29. Synode der ELC-PNG auf der Insel Karkar mit bis zu 10.000 Teilnehmenden, darunter auch zahlreiche Politiker und führende Leute aus dem gesellschaftlichen Leben. Die Delegierten aus 16 Kirchendistrikten sind das oberste Entscheidungsgremium der Kirche. Neben der kritischen finanziellen Situation der Kirche diskutierten die Teilnehmer auch intensiv darüber, wie die Kirche den Herausforderungen der gegenwärtigen Umbruchsituation in der Gesellschaft begegnen kann und das Evangelium für die Menschen relevant wird. Die Synode stand unter dem Motto „*Unser täglich Brot gib uns heute*“. (*Wantok* Nr. 2052)

Zehn Pfarrer ordiniert

Im westlichen Hochland wurden Ende Januar zehn neue Pfarrer durch die Ordination in ihr Amt eingeführt. Der festliche Gottesdienst fand zum Abschluss der 39. Konferenz des Hagen-Distriktes statt, zu dem 13 Dekanate gehören. Regionalbischof Zau Rapa betonte die Rolle der Pfarrer, sich um die geistlichen Bedürfnisse der Menschen zu kümmern und ihnen das Wort Gottes in einladender Form nahezubringen. Die Gemeinden rief er dazu auf, sich angemessen um ihre Pfarrer zu kümmern und sie bei der Gemeindefarbeit, aber auch bei ihrem Lebensunterhalt zu unterstützen. (*National* 29.01.14)

75 Jahre Lutheraner im Chimbu

Erst vor 75 Jahren wurden erste lutherische Gemeinden in der Chimbu Provinz im Hochland PNGs gegründet. Eine jugendliche Theatergruppe spielte die Ankunft des ersten lutherischen Missionars Wilhelm Bergmann in Ega nach, und wie die Menschen des Kamaneku-Stammes ihm ein Stück Land für einen Kirchenbau zur Verfügung gestellt hatten. Sie ernteten viel Applaus für die gelungene Darbietung. Ein Dorfältester forderte die Pfarrer heraus, leuchtende Beispiele für einen christlichen Lebensstil zu sein und das im Alltag zu praktizieren, was sie von den Kanzeln predigen. Vertreten waren auch zahlreiche Ehrengäste aus Kirche und Politik. (*National* 28.01.14)

Neue Kirche eröffnet

Die kleine Gemeinde Montamapes im Markhamtal hat kurz vor Weihnachten ihre eigene Kirche eröffnet. Bisher hatten sie ihre Gottesdienste unter einem Baum gefeiert. Nach nur sechs Monaten Bauzeit und einer engen praktischen Zusammenarbeit der Bevölkerung konnte die Einweihung gefeiert werden. Das Kirch-

lein kostete rund 5.000 Kina (1.500 Euro) und bietet Platz für 200 Gläubige. (National 19.12.13)

† Esther Hartung

Am 6. Februar ist Esther Hartung im Alter von 93 Jahren in den USA verstorben. Sie war 21 Jahre lang Missionarin in PNG und die Frau von Edward Hartung, dem früheren Leiter der Druckerei von *Kristen Press* in Madang. (eigene Meldung)

RÖM.-KATH. KIRCHE

Hilfe für Straßenkinder

„Straßenkinder sind eine wachsende, aber weithin unbeachtete Gruppe in PNG, die deutlich einen Trend zu wachsender Armut anzeigen“, sagt Father Arnold Schmitt, katholischer Priester in Lae. Seit acht Jahren unterstützt er mit seinem Tageszentrum Straßenkinder mit Mahlzeiten, Kleidung oder Medikamenten. Die meisten Kinder kommen aus zerrütteten Familien. Sie leben auf der Straße und müssen durch Betteln ihre Geschwister oder alleinerziehende Elternteile unterstützen. (National 02.01.14)

Todesstrafe kommt wie ein Dieb

Fr. Giorgio Licini hat sich im Namen der katholischen Kirche sehr kritisch über die Einführung der Todesstrafe in PNG geäußert. „Sie kommt wie ein Dieb in der Nacht und die Verurteilten sollten anfangen, ihre letzten Tage zu zählen“, sagte er provozierend. Informellen Gesprächen zufolge sollen die Henker im Ausland angeheuert werden, um mögliche Stammeskämpfe innerhalb PNGs zu verhindern. Licini verglich die Situation mit Bougainville, wo vor Jahren auch ausländische Fremdenlegionäre angeworben wurden, um Menschen umzubringen. „Werden tatsächlich Angehörige

und Verwandte der Kriminellen nicht die höchsten Beamten des Justizministeriums verantwortlich machen für die Exekution ihrer Familienangehörigen? Werden nun wieder die Sepiks gegen die Chimbus kämpfen?“, fragte er provokant. (National 29.01.14)

AUS ANDEREN LÄNDERN

† Präsident der Methodistischen Kirche

Nach einer kurzen Krankheit ist der Präsident der Methodistischen Kirche in Fidschi, Rev. Dr. Tuikilakila Waqairatu, am 11. Februar im Alter von 65 Jahren plötzlich und unerwartet verstorben. Er hinterlässt seine Frau und eine Tochter. Am 8. Februar hatte er noch seine Tochter kirchlich getraut und war dann am 9. Februar ins Krankenhaus eingeliefert worden. Neben dem Nationalen Kirchenrat und zahlreichen Kirchen kondolierten auch muslimische und hinduistische Religionsvertreter. (Pacific Islands Report, 12.02., 180.2.14)

IN EIGENER SACHE

Sehr geehrte Leserinnen und Leser der „pazifik aktuell“,

gerne senden wir Ihnen die „pazifik aktuell“ vierteljährlich zu.

Mission EineWelt, das Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, trägt hierfür die Herstellungs- und Versandkosten.

Es wäre schön, wenn Sie an Stelle einer Kostenerstattung die missionarischen und sozialen Aufgaben in Papua-Neuguinea, Fidschi, Tahiti und anderen Ländern des Pazifiks durch eine Spende unterstützen. Ihre Spende fließt ohne Abzug von Verwaltungskosten direkt in die Projektarbeit unserer pazifischen Partnerländer.

Spenden sind steuerlich absetzbar. Für Beträge bis 200,- EUR genügt für das Finanzamt der abgestempelte Überweisungsabschnitt. Ein Zahlschein liegt dieser Ausgabe der „pazifik aktuell“ bei.

Spendenkonto: Mission EineWelt, Evangelische Kreditgenossenschaft, IBAN DE12520604100001011111, BIC GENODEF1EK1

Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

Kirchliche Nachrichten:
Pfr. Thomas Paulsteiner

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik auf das Konto 10 11 111, BLZ 520 604 10, Evang. Kreditgenossenschaft eG

Quellen:

Australien Info • Asia Pacific News • BBC News • Islands Business • Flash d'Océanie • National • Oceania Flash • Pacific Beat • Pacific Islands Report • Pacific Magazine • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand • Sydney Morning Herald • Tahiti-press • The Lutheran • Wantok • Westpapua-Netzwerk

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSSTELLE



Mission EineWelt

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120